

Berichte

2011

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt		Veranstaltungen und Fortbildung
2	Kommunale Finanzierung: Alle Potenziale nutzen	13	Elektroverkehr – Chancen und Risiken für den Stadtverkehr
	Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen	14	Sind die Hilfen, die wir anbieten, nicht nur gut gemeint, sondern auch gut gemacht?
4	Zukunft der kommunalen Wasser- und Abwasserinfrastruktur	15	Das Herzstück einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft sind faire Chancen!
5	Nachhaltiges Flächenmanagement: ein Handbuch für die Praxis	16	Spielhallen: Trends – Probleme – Steuerungspotenziale
6	Kommunales Energiemanagement im Gebäudebestand	17	Inklusion statt Integration: Hat das deutsche Förderschul- system noch eine Zukunft?
7	Technisches Referendariat: Stärken- und Schwächenanalyse	18	Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet
8	Verfahren zur Abschätzung von Verkehrsfolgekosten	20	Difu-aktiv
9	Arbeitshilfe zum Umgang mit innerstädtischen Einkaufszentren	21	Ab in die Mitte – Zweiter Teil: Difu-Standort Köln wechselt in die Kölner Innenstadt
10	Raumordnungsplanung und kommunale Planungshoheit	21	Difu-intern: Neubeginn
	Neue Projekte	22	Mediennachlese
11	Planspiel „Novellierung des Bauplanungsrechts 2011“	23	Impressum
11	Transnationale Zusammenarbeit im Nordseeraum	24	Bestellschein
12	Städtebroschüre zur nachhaltigen Stadt		
12	Erprobung der Elektromobilität im öffentlichen Raum		

Kommunale Finanzierung – Alle Potenziale nutzen



Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider

Abhängigkeit von einer funktionierenden Infrastruktur

Nicht erst seit dem letzten Winter ist die Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der dafür notwendigen Infrastruktur ein brandaktuelles Thema. Die überstandene Frostperiode entsprach in ihrem Ausmaß einem für Deutschland ganz normalen Winter. Es wurde jedoch einmal mehr deutlich, wie abhängig wir von einer funktionierenden Infrastruktur sind und wie schnell diese mittlerweile an ihre Grenzen stößt. So betrafen die in den Wintermonaten durch die Medien gehenden Meldungen über Verspätungen bei der Bahn aufgrund vereister Weichen, Behinderungen im Flugverkehr, Einschränkungen bei der Berliner S-Bahn sowie nicht zuletzt Probleme mit der frostbedingten Zunahme von Schlaglöchern allesamt den Verkehr und damit unsere Mobilität. Aber auch in anderen Bereichen führen unzureichende Investitionen in den Erhalt und notwendigen Ausbau der Infrastruktur zu großen Problemen. Das betrifft stark belastete Stromnetze, die vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung erneuerbarer Energien vor einem Kollaps stehen genauso, wie die Bereitstellung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung oder die Gewährleistung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum mit Blick auf den demografischen Wandel.

Kommunen in besonderer Verantwortung

Die Kommunen stehen in diesem Zusammenhang in einer besonderen Verantwortung. Zum einen sind sie für einen großen Teil der öffentlichen Infrastruktur direkt verantwortlich. Zum anderen werden Sie von der Bevölkerung als erster Ansprechpartner bei festgestellten Defiziten wahrgenommen.

In der Debatte über die kommunale Infrastruktur dominieren aktuell die Herausforderungen in den Themenfeldern demografischer Wandel, Klima-, Umweltschutz und Verkehr sowie Bildungs- und Informationsinfrastruktur. Wie die Ergebnisse des vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW-Bankengruppe durchgeführten KfW-Kommunalpanels 2010 zeigen, setzen die Kommunen innerhalb dieser „großen Themenfelder“ ganz spezifische Investitionsakzente. Von besonderer Bedeutung sind demnach Kinderbetreuung und Schulen, die energetische Sanie-

rung öffentlicher Gebäude, die Bereitstellung einer Breitband-Kommunikationsinfrastruktur sowie die klimaverträgliche Energieerzeugung und -versorgung.

Die Schwerpunkte der von den Städten und Gemeinden für 2011 geplanten Investitionen, hochgerechnet etwa 31,1 Mrd. Euro, liegen in der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie im Bereich Kinderbetreuung/Schulen. Allein auf diese beiden Infrastrukturbereiche entfallen über 40 Prozent des gesamten Investitionsvolumens.

Abbau des Investitionsrückstandes gelingt den Kommunen nicht allein

Den Planungen steht ein Investitionsrückstand gegenüber, der nach Einschätzung der Städte und Gemeinden 2010 etwa 75 Mrd. Euro beträgt. Bereiche mit dem größten Investitionsvolumen sind auch gleichzeitig jene mit dem höchsten Investitionsrückstand. Mit Blick auf die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur konstatieren 71 Prozent der befragten Städte und Gemeinden einen erheblichen Investitionsstau, der eher noch zunehmen wird. Auch in den Bereichen Kinderbetreuung/Schulen (einschließlich Erwachsenenbildung), Wasserver- und -entsorgung sowie bei Verwaltungsgebäuden, wird der Investitionsrückstand noch hoch eingeschätzt.

Die Realisierung der geplanten Investitionen und damit der wenigstens teilweise Abbau des Investitionsrückstands kann von den Kommunen nur unter Inkaufnahme weiter wachsender Verschuldung umgesetzt werden. Der Anteil der über Kredite finanzierten Investitionen wächst. Viele Kommunen sehen in ihrer Aufnahme die einzige Möglichkeit, um in der schlechter werdenden finanziellen Lage notwendige Investitionen zu tätigen. Dass inzwischen sogar Kassenkredite in erheblichem Umfang zur Investitionsfinanzierung genutzt werden, kennzeichnet die schwierige Lage.

Daher ist die Neuausrichtung der Kommunalfinanzen wichtiger denn je. Bund und Länder müssen dabei ebenfalls ihrer Verantwortung gerecht werden. Die strukturelle Schiefelage der kommunalen Haushalte resultiert nicht zuletzt aus vom Staat übertragenen Aufgaben ohne entsprechende Finanzierungsgrundlage und explodierenden Sozialausgaben.

Kommunen können neue Finanzierungsspielräume erschließen

Die Diskussion über den Umgang mit dem Finanzierungsproblem der Kommunen folgt im Wesentlichen zwei Strängen, die inhaltlich enge Bezüge haben, in der Diskussion jedoch oft nicht im Zusammenhang betrachtet werden.

Einerseits geht es um eine generelle Neuordnung der kommunalen Aufgaben und des Gemeindefinanzierungssystems und eine stärkere Durchsetzung des Konnexitätsprinzips, um die strukturellen Defizite der kommunalen Haushalte auszugleichen – hier sind Bund und Länder in besonderem Maße gefordert. Andererseits geht es um konkrete Instrumente, mit denen sich zusätzliche Einnahmequellen erschließen lassen und mit denen die verfügbaren Mittel effizienter verteilt und effektiver eingesetzt werden können – hier sind die Kommunen selbst gefragt.

Während die berechtigte Forderung nach einer Neuordnung der Gemeindefinanzierung die aktuellen Debatten bestimmt, darf auch die Auseinandersetzung mit konkreten Instrumenten, die den Kommunen in eigener Verantwortung zur Verfügung stehen, nicht zu kurz kommen.

Im Rahmen einer Studie im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Länder hat das Difu u. a. eine Reihe von Ideen zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen als Finanzierungsbaustein für kommunale Infrastruktur und für die Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengestellt und bewertet. Neben der Ausweitung der Einnahmen aus Beiträgen, Gebühren und anderen Entgelten wurden dabei insbesondere die Möglichkeiten einer stärker auf Freiwilligkeit basierenden Finanzierung, beispielsweise im Rahmen von Spenden, aber auch unter der Berücksichtigung von nicht-monetären Leistungen sowie bürgerschaftlichen Engagements, betrachtet und vorgeschlagen.

Weitere Finanzierungsspielräume ergeben sich der Studie zufolge aus einer effizienteren (direkte Einspareffekte im Beschaffungsprozess) und effektiveren (Vermeidung von Fehlinvestitionen) Steuerung des Mitteleinsatzes. Die einzelnen Steuerungsinstrumente bauen aufeinander auf und können ihre Effekte nur im Zusammenspiel entfalten:

- **Informationen:** Die für die effiziente und effektive Steuerung des Mitteleinsatzes notwendige Datengrundlage müssen Instrumente wie beispielsweise die Kostenrechnung sowie das Monitoring als Grundlage für die Analyse nicht-monetärer Entwicklungen liefern.

- **Analysen:** Checklisten, Modellrechnungen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind Beispiele für konkrete Instrumente, mit deren Hilfe Steuerungsentscheidungen nachvollziehbar und fundiert getroffen werden sollten.
- **Ressourcenverteilung:** Durch die dezentrale Budgetierung werden Träger der jeweiligen öffentlichen Aufgabe in die Lage versetzt, ihre Leistungen orientiert an den spezifischen Rahmenbedingungen möglichst effizient und effektiv zu erbringen.
- **Evaluierung/Feedback:** Schließlich ist die Überprüfung der Zielerreichung anhand der Ergebnisse zu prüfen. Bei Abweichungen sollten die Erkenntnisse zu Anpassungsmaßnahmen führen, so dass sich der Steuerungskreislauf zu einem kontinuierlichen Prozess schließt.

Zusätzliche finanzielle Spielräume sollten Kommunen durch organisatorische Veränderungen bei der eigenen Leistungserbringung, bei alternativen Wegen der Beschaffung, Anpassung oder Sanierung von Infrastruktureinrichtungen sowie durch neue Formen der Bereitstellung öffentlicher Angebote erlangen:

- Zusammenführung des notwendigen Know-how, der erforderlichen Kapazitäten und der entsprechenden Verantwortlichkeiten, beispielsweise im Zusammenhang mit Fundraising-Aktivitäten,
- Stärkung der Kooperation zwischen Kommunen, z. B. durch das gemeinsame Betreiben kommunaler Einrichtungen,
- intensivere Einbindung privater Partner, beispielsweise im Rahmen von Contracting mit dem Ziel, Effizienzpotenziale zu erschließen.

Diese organisatorischen Veränderungen stehen nicht losgelöst neben den beschriebenen Finanzierungsquellen und Steuerungsinstrumenten, sondern ergänzen diese Ansätze.

Konsequente Nutzung eigener Möglichkeiten ersetzt nicht Neuordnung der Gemeindefinanzierung

Die in der Studie untersuchten Ansätze sind nicht grundsätzlich neu. Durch das konsequente Ausschöpfen der mit den genannten Instrumenten verbundenen Potenziale können Kommunen jedoch ihren eigenen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge leisten. Die bestehende Finanzierungslücke können sie dadurch nicht schließen. Diese erfordert eine umfassendere, ganzheitlich durchdachte Neuausrichtung des Gemeindefinanzierungssystems. Und hier sind vor allem Bund und Länder gefordert!

Tipps zum Weiterlesen:

- KfW Bankengruppe (Hrsg.) (2010), KfW-Kommunalpanel 2010, Berlin, Bearbeiter: Busso Grabow und Stefan Schneider. <http://www.difu.de/publikationen/2010/kfw-kommunalpanel-2010.html>
- Stefan Schneider, Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig, Jens Libbe (2011), Finanzierung neu denken – Kommunale Daseinsvorsorge unter dem Einfluss von Haushaltsengpässen und demografischem Wandel – Das Beispiel der Neuen Bundesländer, Difu-Impulse Bd. 4/2011

Dipl.-Kfm. (FH)
Stefan Schneider
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: schneider@difu.de

Zukunft der kommunalen Wasser- und Abwasserinfrastruktur

Handreichung zur Realisierung von Infrastrukturlösungen und Simulationstool zur Infrastrukturplanung online



Der Umbau – die Transformation – der Systeme für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist Gegenstand einer aktuellen Veröffentlichung des Forschungsverbundes netWORKS. Der Band bündelt die Ergebnisse eines gemeinsamen dreijährigen Forschungsprojekts mit den Modellkommunen Bielefeld, Chemnitz, Essen, Cottbus, Hamburg und Schwerin. Darin wurden verschiedene Möglichkeiten durchgespielt, wie eine langfristige Neuauslegung der vorhandenen Infrastruktur gestaltet werden kann. Dabei konnte nachgewiesen werden, dass eine solche Transformation wirtschaftlich tragfähig ist.

Die Herausgeber Thomas Kluge vom Institut für sozial-ökologische Forschung und Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik erläutern, dass es im Sinne einer energie- und ressourceneffizienten Stadtentwicklung gilt, vorhandene Potenziale an Energie und stofflichen Ressourcen zu heben. Gelingt dies, so werde die siedlungswasserwirtschaftliche Infrastruktur künftig dezentraler und eng mit der energiewirtschaftlichen Infrastruktur (insbesondere der Wärmeversorgung) verknüpft sein. Sie wird sich aus zahlreichen Modulen zusammensetzen und auf geschlossene Stoffkreisläufe abzielen. So können Städte und Kommunen flexibler auf sich verändernde Umweltbedingungen reagieren. Die neue Art der Wasserinfrastruktur wird auch die Ebene des einzelnen Haushalts, Gebäudes beziehungsweise des einzelnen Blocks betreffen und Konsequenzen für

die Haustechnologie und die Ausstattung der Gebäude haben. Den Kommunen und ihren wasserwirtschaftlichen Unternehmen kommt dabei eine zentrale koordinierende Rolle zu.

Die Veröffentlichung des Forschungsverbunds netWORKS richtet sich an Entscheidungsträger der Bereiche Stadtentwicklung, Stadtplanung und Siedlungswasserwirtschaft. Damit wird den verantwortlichen Planern ein Konzept zur mehrdimensionalen Bewertung von möglichen Umbaustراتيجien an die Hand gegeben. Das Buch macht deutlich, dass die Transformation der siedlungswasserwirtschaftlichen Infrastruktur nur in enger Abstimmung zwischen diesen Akteuren im Sinne eines Transformationsmanagements erfolgen kann. Zahlreiche Hinweise zur Umsetzung und rechtlichen Flankierung ergänzen die Publikation. Außerdem sind die mit dem Umbau verbundenen Chancen für die Kommunalwirtschaft erläutert und innovative Wege des Umgangs mit Wasser und Abwasser durch Fallbeispiele illustriert.

Parallel zur Veröffentlichung wurde im Internet unter www.networks-group.de ein Online-Tool zur Bilanzierung kommunaler Wasserinfrastrukturen (BkW) freigeschaltet. Mit Hilfe dieses Modells können Planer für eine Stadt oder auch für einzelne Stadtteile verschiedene Optionen der technischen Auslegung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung bilanzieren und bewerten.

Nähere Informationen zum Forschungsverbund und zum Projekt „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft“ sind im Internet zu finden unter:

<http://www.networks-group.de/transaktionsmanagement/> und unter <http://www.difu.de/publikationen/2010/transaktionsmanagement-fuer-eine-nachhaltige.html>.

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozial-Ökonom/
Dipl.-Volkswirt
Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein



Quelle: „Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft“, Kluge, Libbe, Seite 89

Nachhaltiges Flächenmanagement

Ein Handbuch für die Praxis: Neue Veröffentlichung bündelt Ergebnisse aus 45 BMBF-Forschungsvorhaben

Viel zu lange haben Kommunen, Stadtplanung und Politik auf die Ausweitung der Siedlungsflächen gesetzt. Die Bürger haben dies angenommen und ihrerseits den Flächenverbrauch ausgeweitet – nicht zuletzt durch den Traum vom Eigenheim auf der grünen Wiese. Bis heute ist der Flächenverbrauch in Deutschland mit knapp 100 Hektar pro Tag – das entspricht 140 Fußballfeldern – deshalb zu hoch, auch wenn in jüngster Zeit die Wachstumsraten etwas zurückgehen. Besonders alarmierend ist dabei, dass sich Bevölkerungsentwicklung und Flächeninanspruchnahme für Wohnzwecke zunehmend auseinander bewegen. Die Folge: ein kontinuierlicher Anstieg der Flächeninanspruchnahme pro Einwohner und ebenso kontinuierlich abnehmende Siedlungsdichten, im Osten stärker als im Westen. Das bedeutet, eine immer größere Siedlungsinfrastruktur wird von einer in vielen Regionen schrumpfenden Zahl von Einwohnern genutzt. Der verschwenderische Umgang mit Fläche gefährdet in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland also nicht nur die biologische Vielfalt, sondern auf Dauer auch die Lebensqualität breiter Bevölkerungsschichten. Von besonderer Brisanz sind neben den sozialen und ökologischen Auswirkungen auch die gesamtwirtschaftlichen Folgen der bisherigen Praxis der Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke.

Für die Lösung des Problems gibt es allerdings keine Patentrezepte. „Die Lösung“, betonte Winfried Kraus, Unterabteilungsleiter für Nachhaltigkeit, Klima und Energie im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), „liegt vielmehr in flexiblen und zukunftsfähigen Konzepten für die Praxis sowie Praxisbeispielen und innovativen Instrumenten.“ Hierzu leisteten 45 Forschungsvorhaben des BMBF-Förderschwerpunkts „Forschung zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement“ (REFINA) einen wichtigen Beitrag.

Der BMBF-Förderschwerpunkt REFINA

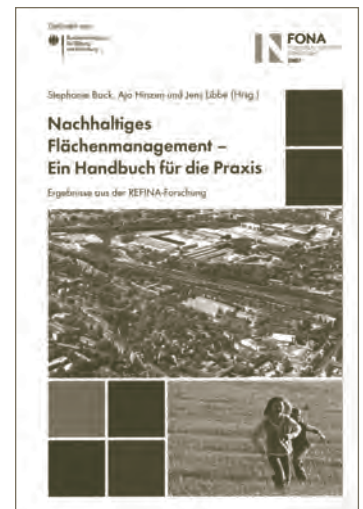
Von 2006 bis 2010 förderte das BMBF im Rahmen des Förderschwerpunkts REFINA anwendungsorientierte Forschungsprojekte zum nachhaltigen Flächenmanagement. In den Forschungsprojekten wurden – gestützt auf vorhandene Forschungsergebnisse und unter Berücksichtigung unterschiedlicher

regionaler Rahmenbedingungen – innovative Lösungsansätze und Strategien für eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement entwickelt und in Form von Demonstrationsvorhaben vor Ort geprüft. Dabei ging es um die Entwicklung räumlicher, rechtlicher, ökonomischer, organisatorischer oder akteursbezogener Innovationen, um Modifikationen bestehender Instrumente, Strategien und Vorgehensweisen sowie um die Durchführung standortbezogener, kommunaler und regionaler Modellvorhaben.

Dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) wurde gemeinsam mit dem Planungsbüro BKR aus Aachen die projektübergreifende Begleitung des Förderschwerpunkts übertragen. Neben der projektübergreifenden Vernetzung beinhaltet diese die Integration, Verknüpfung und übergreifende Dokumentation der Forschungsergebnisse. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei die Schärfung des Problembewusstseins für Flächeninanspruchnahme und der Transfer der im Förderschwerpunkt erarbeiteten Ergebnisse.

Bündelung und Systematisierung guter und übertragbarer Strategien

Das Handbuch „Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis“ fasst die guten und übertragbaren Lösungsvorschläge und Strategien zum Flächensparen zusammen. Es richtet sich an Entscheidungstragende sowie die planende Verwaltung in Kommunen und Regionen. Das Handbuch soll sowohl die inhaltliche Breite des REFINA-Programms darstellen als auch durch die besondere Aufbereitung einen schnellen Zugriff zu Informationen für die praktische Anwendung ermöglichen. An dem Handbuch waren über 140 Autoren und Autorinnen beteiligt. „Das Handbuch ist ein Meilenstein zur Vermittlung der vielfältigen Ergebnisse aus der REFINA-Forschung in die Praxis.“, kommentierte Klaus J. Beckmann, Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Difu. Gefördert wurde die Veröffentlichung im Rahmen des Schwerpunkts „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Sie ist beim Difu gratis als Buchveröffentlichung sowie im Internet als Download erhältlich.



Download der Publikation und weitere Informationen zum REFINA-Förderschwerpunkt im Netz: www.refina-info.de

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Kommunales Energiemanagement im Gebäudebestand

Dokumentation des 15. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten



Für die Energieversorgung der kommunalen Liegenschaften werden jährlich erhebliche Summen ausgegeben. Schätzungen gehen davon aus, dass durch Modernisierung von Fenstern, Wärmedämmung oder Installation einer neuen Heizungsanlage eine Steigerung der Energieeffizienz im Altbaubestand – zum Teil bis zu 80 Prozent – erzielt werden kann. Ebenso beachtlich ist das Einsparpotenzial von schädlichen CO₂-Emissionen.

Die Möglichkeiten einer fachgerechten Sanierung sowie der Einsatz moderner Technik sind vielfältig. Die Anwendung neuer Energieeffizienztechnologien, bauliche Nachrüstung bzw. Durchsetzung von Passiv- oder Niedrigenergiehausstandards und die Änderung des individuellen Nutzungsverhaltens bzw. eine Kombination daraus, sind in Kommunen, Privathaushalten und Unternehmen dringend zur Ausschöpfung des Einsparpotenzials erforderlich. In Abhängigkeit von Baualter und -Qualität unterscheiden sich durchschnittliche Energieverbrauchswerte der Gebäude und die Aufwendungen für die Sanierung auf einen höheren energetischen Standard zum Teil jedoch erheblich.

Aufgrund begrenzter kommunaler Mittel und Sanierungsstau bei kommunalen Gebäuden müssen bei Maßnahmen zur Energieeinsparung Finanzierungsmöglichkeiten, Wirtschaftlichkeitsaspekte und lokal verfügbare Potenziale beachtet werden. Fehlende eigene Investitionsmittel können die Bemühungen auf kommunaler Ebene erschweren. Zugleich können sie die Beantragung von Fördermitteln – meist ist hierfür ein Eigenanteil notwendig – hemmen oder die Annahme von Kreditangeboten verhindern, auch wenn diese zinsreduziert sind. Dies macht sich insbesondere bei Maßnahmen bemerkbar, die nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben zählen, was vor allem für die Nothaushalts- und Haushaltssicherungskommunen ein großes Problem darstellt. Davon betroffen sind oft auch Investitionen in Energiesparmaßnahmen der kommunalen Liegenschaften. Gerade im Hinblick auf die finanzielle Situation vieler Kommunen müssten jedoch die Potenziale der Energieeinsparung im Gebäudebestand wegen der damit einhergehenden Kostenreduzierungen durch gezieltes Handeln genutzt werden.

Zudem haben kommunale Liegenschaften eine wichtige Vorbildfunktion. Deshalb ist die energetische Modernisierung von vorhandener Altbausubstanz sowohl für die Motivation der Bürger als auch für die Werterhaltung des kommunalen Vermögens und die Beschäftigungssicherung des örtlichen Handwerks von großer Bedeutung.

Neben den Aufgaben des kommunalen Energiemanagements bei der Überwachung und Steuerung des Energieverbrauchs beim Betrieb von Gebäuden und Anlagen ist es erforderlich, auch Einfluss auf die Projektentwicklung bei Sanierungsmaßnahmen zu nehmen und der wachsenden Bedeutung des Nutzerverhaltens gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund standen Möglichkeiten des kommunalen Energiemanagements im Gebäudebestand im Mittelpunkt des 15. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten, der am 12. und 13. April 2010 in Regensburg mit über 200 Teilnehmern aus Kommunen der gesamten Bundesrepublik stattfand.

Dieser Schwerpunkt des Fachkongresses wurde sowohl im Plenum als auch in unterschiedlichen Workshops zu weiteren bedeutenden Themen des kommunalen Energiemanagements aufgegriffen, in denen neue Verfahren, Modelle und Beispiele aus der Praxis der Energiebeauftragten vorgestellt und diskutiert wurden. Im Rahmen des Kongresses fanden insgesamt zwanzig Workshops zu folgenden Themenschwerpunkten statt:

- Energiemanagement im Gebäudebestand,
- Energieeffizienz,
- Erneuerbare Energien,
- Energie im Gebäudemanagement,
- Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Beiträge der Referenten – sowohl aus den Veranstaltungen im Plenum als auch aus den Workshops – wurden in einer Kongress-Dokumentation veröffentlicht, die als Difu-Impulse-Band erschienen ist. Die Publikation eröffnet die Möglichkeit, die Ergebnisse des Kongresses nachzulesen und sie für die eigene Arbeit in den Kommunen zu nutzen.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340 308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein



Foto: Wolf-Christian Strauss

Technisches Referendariat: Stärken- und Schwächenanalyse

Änderungen in der Ausbildung und Imageverbesserung erforderlich

Der Ausbildungsgang des technischen Referendariats soll Berufsanfängern mit einem abgeschlossen technischen Hochschulstudium erweiterte Qualifikationen vermitteln – vor allem verwaltungsrechtliche und -technische. Diese sind für die Übernahme leitender Funktionen in der öffentlichen Verwaltung erforderlich und in vergleichbaren Positionen in der freien Wirtschaft ebenso erwünscht.

Allerdings befindet sich diese Ausbildung heute in einem Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen und neuer Herausforderungen. So ist seit Mitte der 1990er-Jahre trotz des offensichtlich bestehenden Bedarfs an Assessoren in fast allen Fachrichtungen ein deutlicher Rückgang der Absolventenzahlen festzustellen, gleichzeitig steigt aber – insbesondere aufgrund demografischer Einflüsse – der Bedarf an gut ausgebildeten Ingenieuren in Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Hinzu kommen veränderte Anforderungen an die öffentliche Verwaltung und ihr Handeln (z.B. Verbesserung von Service und Qualität, stärkere Kunden- und Bürgerorientierung), Änderungen der Laufbahnverordnungen auf Bundes- und Landesebene sowie die Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse mit einer zunehmenden fachlichen Spezialisierung.

Vor diesem Hintergrund untersuchte das Deutsche Institut für Urbanistik im Rahmen einer Stärken- und Schwächenanalyse, welche Gründe für den Rückgang an Absolventen sowie eine offenbar mangelnde Attraktivität des Referendariats bestehen, welche Bedeutung das technische Referendariat in der Ausbildung von Führungskräften hat, welche Anforderungen von Seiten der späteren Arbeitgeber an Assessoren gestellt werden, wie das technische Referendariat als Berufsqualifikation attraktiver gestaltet werden kann und welche Maßnahmen zu einer „Marken- und Imagebildung“ beitragen könnten.

Zentrale Elemente der Untersuchung waren eine schriftliche Befragung von gut 800 Assessoren aus insgesamt zwölf Abschlussjahrgängen von neun ausgewählten Fachrichtungen des technischen Referendariats sowie vier Fokusgruppengespräche mit ausgewähl-

ten Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Berufsverbänden.

Einigkeit bestand bei Befragten und Experten, dass die Ausbildung in der Regel ihre Ziele erreicht: Technische Assessoren sind durch ihre Qualifikation zu integrierenden Betrachtungs- und Handlungsweisen befähigt, können Projekte in förmlichen oder nichtförmlichen Verfahren über alle Phasen begleiten, sind zu fachgerechten Abwägungen und Entscheidungsvorbereitungen in der Lage und verfügen über Führungs- und Managementkompetenzen.

In der Umfrage und den Expertengesprächen zeigte sich aber auch, dass in der Ausbildung – neben Änderungen bei Ausbildungsverlauf, Betreuung bzw. Mentoring der Referendare sowie bei der Prüfung und ihren Inhalten – künftig vor allem bestimmte methodische Fähigkeiten, beispielsweise Denkweisen der (Privat-)Wirtschaft, Organisations- und Kommunikationskompetenzen sowie die Befähigung zur Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren verstärkt vermittelt werden müssen. Eine Möglichkeit hierfür böte die Aufnahme von entsprechenden Ausbildungsstationen in der Privatwirtschaft oder bei Einrichtungen der EU in den Ausbildungskanon.

Um künftig die Qualifikation der Assessoren, ihre Potenziale sowie ihre vielfältigen beruflichen Einsatzfelder bekannter zu machen und dem Rückgang der Absolventenzahlen entgegen zu wirken, bedarf es unter anderem einer stärkeren „Bewerbung“, beispielsweise durch gezielte Imagekampagnen sowie die Einbeziehung der Hochschulen samt Lehrpersonal als Multiplikatoren. Die Untersuchung zeigte, dass eine Image-Stärkung des Ausbildungsganges auch im politischen Raum sowie in verantwortlichen Leitungsbereichen der Verwaltung erforderlich ist.

Die ausführlichen Ergebnisse der Untersuchung stehen als Abschlussbericht auf der Internetseite des Oberprüfungsamtes, das das Difu mit der Untersuchung beauftragte, unter www.oberpruefungsamt.de zur Verfügung. In den kommenden Monaten werden die Gremien des Oberprüfungsamtes die sich aus der Studie ergebenden Handlungsempfehlungen diskutieren.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

Online-Veröffentlichung:

http://www.oberpruefungsamt.de/cIn_007/nn_309630/DE/Aktuelles/Projektabschlussbericht.html

Planungstool ermöglicht Kosten-schätzung der Siedlungsplanung

Kalkulationswerkzeug macht Verkehrsfolgekosten transparent

Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt
Telefon: 030/39001-252
Fax: 030/39001-241
E-Mail: arndt@difu.de

Die Veröffentlichungen für das Verkehrsfolgekostenprojekt stehen auf der BBSR-Seite online zur Verfügung: 2/2011-Nutzerhandbuch und 3/2011-Endbericht:

http://www.bbsr.bund.de/cn_016/nn_626558/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/online__node.html?__nnn=true

Difu-Medieninfo dazu:
<http://www.difu.de/presse/2011-02-18/neues-planungstool-unterstuetzt-kommunen-bei-der.html>

Angesichts der demografischen Veränderungen wird die Aufrechterhaltung der technischen und sozialen Infrastruktur für die nächsten Jahrzehnte eine wichtige politische Herausforderung. Dies betrifft die öffentlichen und privaten Träger der Infrastruktur sowie die Stadt- und Raumplanung. Die kommunale Siedlungsentwicklung ist in vielen Regionen trotz stagnierender und abnehmender Bevölkerung von weiterem Flächenwachstum sowie von geringen Siedlungsdichten gekennzeichnet, die sich künftig Kosten steigernd für Bau, Unterhalt, Erhaltung und Betrieb von technischer und sozialer Infrastruktur auswirken können. Anforderungen des Klimaschutzes und eine geringere Unabhängigkeit von Energiepreissprüngen erfordern zudem wirksame Instrumente der Begrenzung des Verkehrswachstums. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen wird zunehmend von Infrastrukturlasten und den gestiegenen Anforderungen der Gesellschaft an den ÖPNV beansprucht.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und betreut durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) entwickelten das Deutsche Institut für Urbanistik und die Planersocietät Dortmund ein Verfahren sowie ein Tool zur Abschätzung der Verkehrsfolgekosten für kommunale

Planungsträger. Die Instrumente sind Ergebnis des FOPS-Forschungsprojekts „Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen insbesondere für die kommunale Siedlungsplanung unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV“. Im Projekt wurden bestehende praktische Erfahrungen über Kosten der Verkehrsinfrastruktur sowie Ergebnisse bisheriger Forschungsprojekte ausgewertet, um Lücken zu erkennen und durch eigene Analysen und Modellrechnungen zur Abschätzung der verkehrsinfrastrukturellen Folgekosten (potenzieller) Baugebieten für Kommunen und Aufgabenträgern zu schließen. Daraus wurde ein anwendungsorientiertes Tool zur Abschätzung von Verkehrsfolgekosten entwickelt wodurch eine erhöhte Kostentransparenz und damit eine integrierte Verkehrs- und Siedlungsentwicklung gefördert sowie ein Beitrag zu einer effizienten Siedlungsentwicklung geleistet wird.

Die Diskussionen zu den aktuellen Trends der Siedlungsentwicklung verlaufen derzeit auf mehreren Ebenen. Kennzeichnend dabei sind u.a. vielfältige Querbezüge zur Diskussion um Versorgungsstandards, Kosten und Effizienz öffentlicher Infrastruktureinrichtungen. Breit abgesicherte Angaben über die durch Siedlungsentwicklung ausgelösten volks- und betriebswirtschaftlichen Kosteneffekte stehen insbesondere in der mittel- und langfristigen Perspektive nicht zur Verfügung. Während sowohl für die Ebene des einzelnen Baugebiets als auch aus regionaler Perspektive erste Datenanalysen und Modellrechnungen erarbeitet wurden, besteht gerade für die Mesoebene einer Gesamtstadt oder -gemeinde bzw. eines größeren Stadtteils eine erhebliche Wissenslücke. Die unmittelbare Verbindung zwischen Strategien der Siedlungs- und Flächenentwicklung und verkehrsbezogenen Folgekostenintensitäten für die kommunalen Planungsebenen wird bisher auch nicht hergestellt. Daher war es zentrale Aufgabenstellung des Projektes,

- die Wirkungsketten von Bevölkerungsentwicklung und Siedlungsflächenentwicklung über Anpassungsmaßnahmen im Verkehrssystem, Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung bis hin zur Übersetzung in Kosteneffekte bei unterschiedlichen Kostenträgern transparent zu machen;



- typische Ursache-Wirkungs-Muster entsprechend der räumlichen Ebenen der kommunalen Flächennutzungs- sowie Bebauungsplanung zu identifizieren und dabei besonders kumulative Effekte von Einzelmaßnahmen auf das Verkehrsnetz als Gesamtsystem zu berücksichtigen;
- auf dieser Grundlage szenariobasierte Modellrechnungen zu den Verkehrswirkungen und monetären Effekten von Siedlungsmaßnahmen und Flächennutzungsstrategien zu erarbeiten und zu einer Bewertungsmethodik für Kommunen und Verkehrsdienstleister weiterzuentwickeln.

Um hierbei auch die Einbindung von Praxispartnern zu gewährleisten, wurden Workshops mit einem Expertenbeirat und Testläufe des Tools in drei Pilotregionen (Dresden, Potsdam und Hannover) durchgeführt.

Bei der Darstellung der Zusammenhänge zwischen der Bebauungs- und Siedlungsstruktur, dem infrastrukturellen Ausbaustandard und der Bedienungsqualität des ÖPNV wurden zwei Verfahrens-/Prozessperspektiven besonders betont: die Möglichkeiten, den Entscheidungsraum wichtiger Akteure über die Betrachtung einmaliger Investitions- und Baukosten hinaus zu erweitern, und die Weiterentwicklung von Argumenten, die den Erhalt bestehender Infrastrukturen als Alternative zum Neubau fördern.

Aufbau und Struktur des Tools

Zentrale Zielsetzung war die Entwicklung eines praxistauglichen Instrumentariums zur frühzeitigen Abschätzung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Siedlungsprojekten. Gegenstand der Anwendung und Bewertung werden in der Regel einzelne oder Konglomerate von Bebauungsplänen bzw. die Entwürfe von Bebauungsplänen oder Potenzialflächenbetrachtungen sein. Auch Einzelgebietsbetrachtungen für Standortalternativen und ähnliches bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen können bei der strategischen Stadtentwicklung vorgenommen werden.

Hieraus ergibt sich eine Reihe von Anforderungen, welche in die Erstellung des Rechenmodells eingeflossen sind. Entwickelt wurde ein Schätzinstrument, mit dem die jeweiligen Akteure mit den üblicherweise vorliegenden Daten und mit begrenztem Zeitbudget eine qualifizierte Folgekostenschätzung vornehmen können. Genutzt wurde das Programm MS-Excel, als meist in den Verwaltungen vorhandenes und bekanntes Rechenwerkzeug. Bei der Schätzung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Siedlungsprojekten wurden folgende Teilaspekte ermittelt:

- Verkehrsmengen, getrennt nach einzelnen Verkehrsträgern,
- Effekte der Straßenerschließung: Investitions-, Betriebs- und Instandhaltungskosten,
- ÖPNV-Infrastruktur: Betriebskosten nach Art der ÖPNV-Erschließung (z.B. in Bezug auf Angebot, Takt-Familie, Fahrzeuge, Linienführung; bei schienengebundener Anbindung auch Investition, Erhalt, Betrieb).

Für die einfache Abschätzung wurden zahlreiche Kennwerte für Kosten und Verkehrsverhalten aus gängigen Quellen vorgegeben. Der Nutzer muss lediglich spezifische Werte der Gemeinde (zum Beispiel Einwohnerzahl) und des Planungsgebiets (beispielsweise Flächengröße und geplante Bebauungsdichte) eingeben. Auch können alle Vorgabewerte vom Nutzer zur Verbesserung der Abschätzungsgüte angepasst werden. Die Verkehrsabschätzung bezieht sich im Wesentlichen auf Raumparameter. So sind Kennwerte eines stadtlagetypischen Modal Split als grobe Nahrungsgröße hinterlegt worden. Die Entwicklung der Folgekosten wird für die nächsten 30 Jahre geschätzt. Dabei werden Kostensteigerungen, Abschreibungen und die verschiedenen Kostenarten grob berücksichtigt. Wesentliche Teilergebnisse der Schätzung werden durch das Instrument gesondert ausgewiesen, wobei Abschätzungen auch für weiterführende Überlegungen verwendet werden können.

Für unterschiedliche Flächen- und Planungsvarianten unter Berücksichtigung von Verkehrsfolgen und Folgekosten wurde ein separates Vergleichstool entwickelt, welches dem Nutzer erlaubt, eine vergleichende Auswertung der Kosten für unterschiedliche Gebiete oder Varianten vorzunehmen, wobei die Bezugsebenen Gesamtkosten, Kosten je ha und Kosten je WE herangezogen werden können.

Anwendbarkeit

Die Testanwendungen in den Kommunen sowie die Kommentare externer Experten zeigten, dass das Tool eine nutzerfreundliche Anwendbarkeit für die Siedlungsentwicklungsplanung ermöglicht. Die erforderlichen Input-Daten sind für die Planer relativ einfach im Vorfeld zu ermitteln bzw. abzuschätzen. Auch ist eine relativ schnelle und intuitive Bearbeitung möglich, sodass das Tool ohne große Einarbeitungszeit zumindest erstmalig genutzt werden kann. Eine vertiefte Einarbeitung ist von Seiten der Anwender aber möglich und bietet sich bei mehrfacher Anwendung an. Die Nutzung vermittelt auch ein Gefühl für die komplexen Zusammenhänge der Verkehrs- und Siedlungsplanung.

Arbeitshilfe zum Umgang mit innerstädtischen Einkaufszentren

Eine neue Broschüre des NRW-Bauministeriums gibt Kommunen Hinweise, wie sich die Ansiedlung eines Einkaufszentrums stadtverträglich steuern lässt. Die Untersuchung wurde von Rolf Junker (Junker und Kruse, Dortmund), Dr. Gerd Kühn (Deutsches Institut für Urbanistik, Difu; Berlin) und Dr. Holger Pump-Uhlmann (Braunschweig) erarbeitet.

Gratis-Download:
<http://www.difu.de/presse/2011-03-03/arbeitshilfe-zum-umgang-mit-innerstaedtischen.html>

Kostenfreies Printexemplar:
 Gemeinnützige Werkstätten Neuss, Best.Nr. SB-145,
 Fax: 02131/9234-699,
 E-Mail: mwebwv@gwn-neuss.de.

Raumordnungsplanung und kommunale Planungshoheit

Weitere Informationen:

PD Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Literaturtipps:

Bunzel/Hanke,
„Grenzen der Regelungskompetenz der Raumordnungsplanung im Verhältnis zur kommunalen Planungshoheit“.
Schriftenreihe der Freiherr vom Stein-Akademie für Europäische Kommunalwissenschaften, Band 1, Wiesbaden 2011

Standortbeschränkungen für große Einzelhandelsvorhaben, die Begrenzung der Siedlungserweiterungsmöglichkeiten, die Zuweisung zentralörtlicher Funktionen und viele andere Themen sorgen an der Schnittstelle zwischen Landes- und Regionalplanung und kommunaler Bauleitplanung immer wieder für Konflikte. In welchem Maße und unter welchen Voraussetzungen darf die Raumordnungsplanung die Planungshoheit bei diesen für die Stadtentwicklung wichtigen Fragen einschränken? Diese Fragen gaben Anlass für ein Gutachten, welches das Difu mit Unterstützung der Freiherr vom Stein-Akademie für Europäische Kommunalwissenschaften auf Anregung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes erstellt hat.

Anerkannt ist, dass die Raumordnungsplanung im mehrstufigen System der räumlichen Gesamtplanung bindende Vorgaben zulasten kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten machen kann. Solche Zielfestlegungen stellen zwar Einschränkungen der kommunalen Gestaltungsfreiheiten dar. Sie können im Wettbewerb der Kommunen aber zugleich einen Ordnungsrahmen schaffen, der die Bemühungen der einzelnen Gemeinden um eine nachhaltige Siedlungsentwicklung flankiert. Gleichwohl stellt sich immer wieder die Frage, bis zu welchem Grad eine solche Flankierung sinnvoll und rechtlich zulässig ist. Denn die raumordnungsrechtliche Gestaltungsbefugnis ist nicht schrankenlos. Zu beachten sind das verfassungsrechtliche Aufgabenverteilungsprinzip, das Verhältnismäßigkeitsgebot und das Willkürverbot. Einschränkungen der kommunalen Planungshoheit aufgrund von Festlegungen in Raumordnungsplänen müssen durch überörtliche Interessen von höherem Gewicht gerechtfertigt sein.

Überörtliches und örtliches Interesse nach einer Gemeindegebietsreform

Die Funktion eines Zentralen Ortes wird herkömmlicher Weise einer politischen Gemeinde zugewiesen. Umstritten ist, ob nach einer Gemeindegebietsreform die Funktionszuweisung nach dem Zentrale-Orte-System auf einzelne Ortsteile beschränkt werden kann. Denn die räumlich erweiterten neuen Einheitsgemeinden haben Kraft ihres kommunalen Selbstverwaltungsrechts die Aufgabe, die bauliche und sonstige Nutzung des Bodens für das gesamte Gemeindegebiet zu ordnen. Das früher überörtliche Interesse

kann zu einem Interesse von lediglich örtlicher Bedeutung werden. Eine Funktionszuweisung an bestimmte Ortsteile einer Einheitsgemeinde kann nur dann gerechtfertigt sein, wenn im Einzelfall das überörtliche Festlegungsinteresse durch die Gemeindegebietsreform nicht zu einem lediglich örtlichen Festlegungsinteresse geworden ist. Für eine auch gebietsscharfe Abgrenzung der Gemeindeteile mit entsprechender zentralörtlicher Funktionszuweisung ist ein gewichtiges überörtliches Interesse nicht erkennbar.

Einzelhandelssteuerung durch Raumordnungspläne

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat wiederholt und zuletzt noch im Dezember 2010 ein Steuerungserfordernis durch die Landesplanung im Hinblick auf die Standorte für großflächige Einzelhandelsvorhaben anerkannt. In jüngster Zeit sorgte gleichwohl eine Reihe von Entscheidungen verschiedener Obergerichte hierzu für Unsicherheiten. Die genauere Analyse dieser Entscheidungen macht deutlich, dass es weniger die grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Aspekte und die Wahrung der kommunalen Planungshoheit, sondern häufig schlichte regelungstechnische Defizite und unzulängliche Begründungen sind, die den Bestand von Zielfestlegungen in Raumordnungsplänen gefährden.

Systematische Prüfung und sorgfältige Begründung

Eine systematische Prüfung anhand des in dem Gutachten entwickelten Prüfrasters ist für die Erarbeitung rechtmäßiger Zielfestlegungen dringend geboten. Denn zu Recht fordern die Kommunen eine transparente und rechtskonforme Raumordnungsplanung ein. Dies nicht in erster Linie, weil es ihnen um eine möglichst zurückhaltende Reglementierung geht, sondern vielmehr, weil die Gemeinden sich für ihre eigene Entwicklung und für den interkommunalen Interessenausgleich auf einen rechtssicheren Ordnungsrahmen stützen wollen. Hilfreich kann insbesondere die Verwendung einer Checkliste von Prüffragen sein, wie sie mit dem eingangs angesprochenen Gutachten vorgelegt wurde.

Planspiel „Novellierung des Bauplanungsrechts 2011“

Begleitend der für dieses Jahr geplanten Novellierung des Bauplanungsrechts führt das Difu im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung ein Planspiel durch. Das Planspiel wird unter Einbeziehung von sieben Städten und Gemeinden unterschiedlicher Größe und verteilt auf das gesamte Bundesgebiet durchgeführt. Die Novelle wird nach derzeitigem Stand sowohl das Baugesetzbuch als auch die Baunutzungsverordnung betreffen. Themen werden u.a. Klimaschutz- und Klimaanpassung sein, deren Verankerung im Bauplanungsrecht weiter verbessert werden soll. Zudem geht es erneut wie schon 2007 um die Innenentwicklung, wobei die städtebaulich vertretbare Verdichtung im Siedlungsbestand über den durch die Baunutzungsverordnung vorgegebenen Rahmen, aber auch Verfahrenserleichterung bei der planerischen

Berücksichtigung von Artenschutzbestimmungen erwogen werden.

Ein Planspiel ist eine Methode der prospektiven Gesetzesfolgenabschätzung, die sich in verschiedenen Regelungsbereichen – insbesondere auch im Städtebaurecht – bewährt hat. Damit soll überprüft werden, ob die vorgesehenen Neuregelungen angemessen, praktikabel und wirksam sind. Der Gesetzentwurf soll dabei anhand konkreter Sachverhalte und Aufgaben der beteiligten Kommunen und bestimmter Kriterien reflektiert werden. Die Ergebnisse müssen spätestens zu Beginn der Beratungen des Gesetzentwurfs im zuständigen Ausschuss des Deutschen Bundestages in Form eines Endberichts vorliegen. Geplant ist auch die Ergebnispräsentation vor den Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Herbst 2011.

Weitere Informationen:

PD Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Planspielkommunen:

- Alling (Bayern, 3600 EW)
- Bremerhaven (Bremen, 114 000 EW)
- Dortmund (NRW, 602 000 EW)
- Landshut (Bayern, 63 000 EW)
- Leipzig (Sachsen, 516 000 EW)
- Treuenbrietzen (Brandenburg, 8000 EW)
- Wittmund (Niedersachsen, 22 000 EW)

Transnationale Zusammenarbeit im Nordseeraum

Difu unterstützt die Weiterentwicklung des Interreg-Programms

Im Rahmen des Programms Interreg IV B fördert die EU die transnationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen, Forschungseinrichtungen, Verbänden sowie Unternehmen. Ziel ist die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Zusammenhalts. Der Nordseeraum ist dabei einer von fünf Kooperationsräumen mit deutlicher Beteiligung. Er umfasst neben Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, Teilen Schwedens, Großbritanniens und Belgiens auch die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Themenfelder des Nordseeraumprogramms sind Innovation, Umwelt, Erreichbarkeit sowie nachhaltige Stadtentwicklung. Für Städte und Regionen ergeben sich durch die Mitwirkung an diesen Projekten Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zur gemeinsamen Entwicklung von Strategien und Problemlösungen über Verwaltungs- und Ländergrenzen hinweg, z.B. bei Anpassungsstrategien an den Klimawandel, gemeinsamen Wirtschaftsförderaktivitäten oder der Nutzung erneuerbarer Energien.

Im Rahmen eines neuen Projekts erarbeitet das Difu im Auftrag der Nationalen Kontaktstelle des Nordseeprogramms eine Expertise zu Ergebnissen und zur künftigen Ausgestaltung des Programms nach 2013. Zudem werden beispielhafte Projekte und Ergebnisse aus diesem Programm für eine Broschüre und eine begleitende Ausstellung aufgearbeitet sowie im Rahmen einer Abschlussveranstaltung der interessierten Fachöffentlichkeit vorgestellt.

Mit dem Projekt werden zwei übergeordnete Ziele verfolgt:

- Der „Status quo“, nämlich Ergebnisse und Mehrwert des Interreg IV B-Nordseeprogramms, soll aufgearbeitet und über geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit vermittelt werden.
- Vor dem Hintergrund einer Analyse aktueller Diskussionen um die Ausrichtung der europäischen Strukturpolitik sowie relevanter Themenfelder sollen Hinweise zum Bedarf für die strategische und inhaltliche Weiterentwicklung des Nordseeprogramms erarbeitet werden.

Weitere Informationen:

Dipl.-Verwaltungswiss.
Daniel Zwicker-Schwarm
Telefon: 030/39001-154
E-Mail: zwicker-schwarm@difu.de

Quelle: BBSR



Städtebroschüre zur nachhaltigen Stadt

Seit Anfang 2010 treffen sich auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung Oberbürgermeister deutscher Städte, die sich auf besondere und richtungsweisende Art der Idee der Nachhaltigkeit widmen, zu einem Dialog über strategische Fragen der „Nachhaltigen Stadt“. Die Beteiligten tauschen vor allem eigene Ideen als politisch Verantwortliche ihrer jeweiligen Stadt aus und gehen der Frage nach, wie kommunale Nachhaltigkeitspolitik mehr Profil und Gewicht in der Bundespolitik erlangen kann. Das erste Ergebnis waren strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen, die im Oktober 2010 als Bekenntnisse und Empfehlungen der beteiligten Oberbürgermeister und als Basis für Forderungen an die Politik vereinbart und beim Rat für nachhaltige

Entwicklung veröffentlicht wurden. Die Oberbürgermeister wollen diese strategischen Eckpunkte durch eine weitere Publikation ergänzen, die praktische Beispiele der kommunalen Nachhaltigkeit aufzeigt. Diese wird Umsetzungsbeispiele zu den 14 Aspekten des im Oktober verabschiedeten Strategie-Papiers enthalten und sowohl die kommunalpolitischen Möglichkeiten als auch Beschränkungen (beispielsweise durch nicht hinreichende rechtliche und politische Rahmenbedingungen) verdeutlichen. Das Difu hat im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung die Aufgabe übernommen, die Broschüre zu konzipieren und die Inhalte in enger Abstimmung mit den beteiligten Städten zu erstellen. Die Publikation wird im Juni 2011 erscheinen.

Erprobung der Elektromobilität im öffentlichen Raum

Evaluierung der Modellregionen Elektromobilität

Das Deutsche Institut für Urbanistik führt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung seit 2011 das Projekt „Evaluierung der Maßnahmen zum Thema Modellregionen Elektromobilität“ durch.

Die Erfüllung individueller Mobilitätsbedürfnisse und das dazu erforderliche Verkehrssystem stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen. Klima- und Ressourcenschutz, Gesundheitsförderung und eine Vermeidung der Belastung des öffentlichen Raums sind Beispiele hierfür. Die Elektromobilität hat das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Mobilität zu leisten. Modellregionen stehen dabei vor den Fragen, wie dieser Beitrag konkret aussehen kann, welche realen Herausforderungen existieren und welche Konzepte sowie Innovationen erforderlich sind. Die Evaluation soll dazu als Querschnittsbetrachtung eine Hilfestellung leisten.

Im Rahmen des Projekts sollen Wirkungsweisen und Ergebnisse des Programms „Modellregionen Elektromobilität“ mit Blick auf die Ziele des nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität sowie die spezifischen Schwerpunktsetzungen der einzelnen Modellregionen sichtbar gemacht werden.

Das Hauptziel – die Entwicklung Deutschlands zu einem Leitanbieter und Leitmarkt für Elektromobilität zu machen – erfordert genaue Kenntnisse über Marktumfeld und Infrastrukturvoraussetzungen, Nutzerakzeptanz sowie fördernde und hemmende Umsetzungsbedingungen. Dabei kann die Evaluierung nicht der abschließenden Beurteilung dienen; ihr Anliegen ist vielmehr die begleitende Bewertung der Programmfortschritte und Umsetzungsprozesse unter Beachtung der Vielzahl von Akteuren. Teil der Evaluierung sind daher sowohl die Prozessanalyse – die die Frage beantworten soll, ob die Umsetzungsmechanismen auf den verschiedenen Ebenen funktionieren – und die Ergebnis- und Wirkungsanalyse zur Bilanzierung der erreichten Ziele als auch die Einschätzung der Wirkungen in Bezug auf Stadtentwicklung und Verkehr.

Ziel der Evaluierung ist die Erarbeitung eines Ergebnisberichts bis zum Herbst. Der Bericht soll dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Information dienen, da die Modellregionen aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden. Dabei ist die Evaluierung in eine Gesamtevaluation eingebunden, die alle elektromobilitätsfördernden Maßnahmen des Konjunkturpakets untersucht.

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de

Literatur-Tipp:

Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen

http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Nachhaltige_Stadt_Oktober_2010.pdf

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß
Telefon: 030/39001-204
E-Mail: klein-hitpass@difu.de



Foto: Stefanie Hanke

Elektroverkehr – Chancen und Risiken für den Stadtverkehr

Seminar und Streitgespräch in Berlin

Ohne „Elektromobilität“, besser Elektroverkehr, kommt derzeit keine Diskussion über die Entwicklung des Stadtverkehrs aus. Unter der Überschrift „Leitmarkt Elektromobilität“ bzw. „Leitanbieter Elektromobilität“ werden dabei von Regierung, Industrieunternehmen und Medien batteriebetriebene Fahrzeuge favorisiert, die aus erneuerbaren Energien gespeist werden. Nicht nur, aber auch deshalb gilt Elektroverkehr als ein Hoffnungsträger, insbesondere für Städte und Ballungsräume. Aber auch an anderen Orten muss Verkehr vor dem Hintergrund sich wandelnder und steigender Anforderungen (z.B. Mobilitätskosten, Umwelt- und Klimaschutzziele, Infrastrukturfinanzierung) flächen- und ressourcenschonender, sicherer und leiser werden. Dies trifft auf die Realität einer Entwicklung zu stärker multimodalem Verhalten.

Hier muss sich der Elektroverkehr, verstanden als elektrisch betriebener Individualverkehr – mit bspw. Pkws, Pedelecs, E-Bikes – erst noch als realistisches Erfolgsmodell für einen zukunftsfähigen Stadtverkehr erweisen. Dazu bedarf es nicht nur realitätsnaher und überzeugender Verkehrskonzepte und Geschäftsmodelle, sondern auch neuer Infrastrukturen aus Stromnetzen, Ladestationen etc. Zudem werden nichtmonetäre Anreizmechanismen diskutiert, wie etwa kostenlose Parkplätze oder der Zugang zu Bus- und Taxispuren.

Vor diesem Hintergrund sollen im Rahmen eines Difu-Seminars am 31.5. und 1.6.2011 unter Leitung des Institutsleiters Univ.-Prof. Dr.-Ing. Beckmann die Chancen und Potenziale sowie die Risiken und Schwierigkeiten des Elektroverkehrs für einen zukunftsfähigen Individualverkehr erörtert werden. Diskutiert werden zudem planerische und rechtliche Aspekte, Akzeptanzfragen und praktische Erfahrungen.

Antworten werden dabei insbesondere auf folgende aktuelle Fragen gesucht:

- Was muss ein gelungenes Elektroverkehrskonzept beinhalten? Wie kann dieses in städtische und regionale Gesamtverkehrskonzepte und -angebote eingebunden werden?
- Welche Erkenntnisse gibt es in Hinblick auf die Nutzerakzeptanz? Sollten die

Elektrofahrzeuge im Straßenverkehr privilegiert werden, z.B. durch Sonderstellplätze und Benutzungsmöglichkeit von Sonderfahrstreifen?

- In welcher Anzahl, wie und wo muss der Aufbau von Ladestationen erfolgen? Wie sind diese funktional und gestalterisch in den öffentlichen Raum zu integrieren?
- Welche bau- und straßenrechtlichen Fragen sind dabei zu berücksichtigen?
- Welche praktischen Erfahrungen mit dem Elektroverkehr wurden in den „Modellregionen Elektromobilität“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gesammelt?
- Ist das Pedelec der Einstieg in eine elektromobile Zukunft?

Die sich in diesen Fragen widerspiegelnden Facetten der Elektromobilität werden auch Gegenstand eines Streitgesprächs sein, welches mit Unterstützung des Innovationszentrums für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel (InnoZ) stattfindet und den Abschluss des ersten Seminartages bildet. Die Gesprächsteilnehmer, Björn Dosch, ADAC e.V., Kerstin Haarmann, VCD, Prof. Dr. Andreas Knie, InnoZ/ WZB und DB Rent GmbH, Dr. Friedemann Kunst, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, lassen eine kontroverse und spannende Diskussion erwarten. Im Vorfeld des Streitgesprächs besteht zudem die Möglichkeit, die am EUREF angesiedelte Erprobungsplattform Elektromobilität zu besichtigen und verschiedene Elektrofahrzeuge durch Testfahrten selbst auszulassen. Das Streitgespräch ist eine öffentliche Veranstaltung im Rahmen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“.

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß
Telefon: 030/39001-204
E-Mail: klein-hitpass@difu.de

Informationen zum Seminar:

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2011-05-31/elektroverkehr.html>

Sonderveranstaltung im Rahmen der Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Elektroverkehr: Chancen und Risiken für den Stadtverkehr – Hype oder realistische Chance? Ein Streitgespräch

31. Mai 2011, 18 Uhr
im Europäischen Energie Forum
EUREF-Campus
Torgauer Straße 12-15
10829 Berlin-Schöneberg

Eintritt frei

Anmeldung erbeten unter:

anne.klein-hitpass@difu.de

Weitere Informationen:

<http://www.difu.de/presse>



Foto: Stefanie Hanke



Prof. Dr. M. Jörg Fegert, Prof. Dr. Ute Ziegenhain, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie, Universitätsklinikum Ulm



Dr. Siegfried Haller, Stadtjugendamt Leipzig; Kerstin Landua, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin; Thomas Krützig, Stadtjugendamt Duisburg (v.l.)



Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann (Mitte)



Bernhard Scholten, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz, Mainz

Weitere Informationen:
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Sind die Hilfen, die wir anbieten, nicht nur gut gemeint, sondern auch gut gemacht?

Diese Frage stellte Prof. Dr. Jörg Fegert auf der Fachtagung „Psychisch gestört oder ‚nur verhaltensauffällig?‘ Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie in einem schwierigen Dunkel-feld“ am 11. und 12. November 2010 sowie am 13. und 14. Januar 2011 in Berlin. Zu beiden Tagungen kamen insgesamt 400 Teilnehmer aus der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Die Tagungen wurde in Kooperation von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm veranstaltet. Sie wurde gemeinsam eröffnet von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, dem wissenschaftlichen Direktor und Geschäftsführer des Difu, und von Prof. Dr. Jörg Fegert, Ärztlicher Direktor, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie, Universitätsklinikum Ulm. Eine Dokumentation zu dieser Tagung gibt es in der Reihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“: www.fachtagungen-jugendhilfe.de.

Psychisch gestört oder nur verhaltensauffällig?

Prof. Dr. Jörg Fegert wies bei seinen einführenden Worten darauf hin, dass die Frage im Titel der Tagung „Psychisch gestört oder verhaltensauffällig?“ so schon vor 20 Jahren gestellt worden sei. Damals war das Kinder- und Jugendhilfegesetz noch neu und das Problem sollte gelöst werden, ob bei Kindern mit psychischen Störungen, die in der Erziehung schwierig sind, die Jugendhilfe in der Pflicht ist, oder ob diese auch ein Krankheitsproblem aufweisen und daher das Gesundheitssystem zahlen soll. Ergebnis dieser Diskussion war die „kleine Lösung“ (Einführung des § 35a in das SGB VIII). Aktuell werde aber überall über die „große Lösung“ diskutiert, die alle Kinder und Jugendlichen – mit und ohne Behinderungen – im Kinder- und Jugendhilfegesetz integrieren würde. Das Thema „Inklusion“ zog sich dann auch als roter Faden durch die Diskussionen beider Veranstaltungen und machte deutlich, wie sehr dieses Thema und die damit verbundenen konkreten Umsetzungsfragen die kommunalen Praktiker bewegt.

Hilfen werden zu oft noch von den Institutionen her gedacht und passen dann nicht zu den Kindern ...

Im Rahmen der zweiten Tagung im Januar 2011 hielt Bernhard Scholten, Leiter der Abteilung Familie und Generationen, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz in Mainz den Schluss-vortrag zum Thema: „Was wäre, wenn die große Lösung käme? Und was sagt die Kinder- und Jugendhilfe dazu?“ Bernhard Scholten ist Mitglied der interministeriellen Arbeitsgruppe mit Vertretern der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK), der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK), des Bundes und der kommunalen Spitzenverbände, die zur Lösung der Schnittstellenproblematik eingerichtet wurde. Das Land Rheinland-Pfalz hat die Federführung dieser Arbeitsgruppe. Scholten machte deutlich, dass die „Große Lösung“ die größte Reformdiskussion in der Kinder- und Jugendhilfe seit der Einführung des SGB VIII ausgelöst hat und von der Kinder- und Jugendhilfe im Allgemeinen und den Jugendämtern im Besonderen eine fachpolitische Neuorientierung (Inklusion als Handlungsprinzip) erfordere. Dies bedeute eine Veränderung der Leistungsangebote und Leistungsansprüche, also eine grundsätzliche Neukonzeption des SGB VIII. Bisher sei es so, dass Hilfen noch zu oft von den Institutionen her gedacht werden und dann nicht zu den Kindern passen. Dies müsse sich ändern.

Diese Diskussion nahmen sowohl das Deutsche Institut für Urbanistik als auch das Universitätsklinikum Ulm zum Anlass, eine weitere Kooperationsveranstaltung für den 19. und 20. September 2011 in Ulm zu planen. Dort werde man sich dann eingehender, als es bei diesen beiden Tagungen möglich war, mit der Inklusionsfrage auseinandersetzen und vor allem auch damit, was sie für die Menschen und die Städte bedeutet. „Wertvolle Kinder“ – teure Alte!? Demographischer Wandel + Inklusion in der Kommune der Zukunft“ lautet der Titel der Tagung. Interessenten sind herzlich eingeladen, dabei zu sein und mitzudiskutieren. Das Programm wird ab Mai 2011 unter www.difu.de zu finden sein.

Dr. Kristina Schröder: Herzstück einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft sind faire Chancen!

Perspektiven für ein kindergerechtes Deutschland

Unter diesem Titel hat am 9. Dezember 2010 in Berlin der Abschlusskongress zum „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010 (NAP)“ mit 200 jugendlichen und erwachsenen Teilnehmern stattgefunden. Das Deutsche Institut für Urbanistik war für die organisatorische Umsetzung verantwortlich. Der kurze Bericht stellt Anfang und Ende des Kongresses vor. Alles was „dazwischen“ passierte, ist auf der Homepage www.kindergerechtes-deutschland.de nachzulesen und im Abschlussbericht zum NAP enthalten. Es war vor allem durch die aktive Beteiligung vieler Jugendlicher eine sehr lebendige Tagung, die sich mit mehreren „Spots“ einbrachten.

Liebe Jugendliche, auf Eure Sicht der Dinge (...) bin ich besonders gespannt

Dr. Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Berlin, eröffnete den Kongress mit einem Referat über die politische Bedeutung und die Perspektiven eines kinder- und jugendgerechten Deutschlands. Gleich zu Beginn ihres Vortrages betonte sie, dass obwohl auch Erwachsene einmal Kinder waren, sie nur selten die Brille der Experten abnehmen und sich fragen würden, wie ein Kind das beurteilen würde. Bei der Entwicklung des NAP sei dies aber anders gewesen. Kinder und Jugendliche wurden nach ihrer Meinung gefragt und um Rat gebeten. Und das habe sich gelohnt! Schröder verwies als wichtiges Ergebnis auf den Abschlussbericht zum NAP, der auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem fünfjährigen Umsetzungsprozess Perspektiven für mehr Kindergerechtigkeit aufzeigte und Methoden für die künftige Arbeit verfügbar machte. Die zehn Leitlinien für ein kindergerechtes Deutschland, die die NAP-Lenkungsgruppe erarbeitet hat, seien ein Wegweiser in eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft.

Beteiligung von allen Anwesenden ausdrücklich erwünscht!

Was packe ich in meinen Koffer für die Reise nach Hause? Was nehme ich für meine weitere Arbeit vor Ort mit? Die abschließende

Podiumsdiskussion wurde von den Jugendlichen Christoph Schares, Philip Spahr, Max Julius Roehrich, Malte Kuhn und Nadine Wacker mitgestaltet. Weitere Gesprächspartner waren Jörg Duda, Deutsche Pfadfinder St. Georg, Neuss; Jörg Freese, Beigeordneter für Gesundheit, Jugend, Bildung, Deutscher Landkreistag, Berlin, Dr. Siegfried Haller, Leiter des Jugendamtes Leipzig, Gisela Schultebruacks-Burgkart, Leiterin der Grundschule Kleine Kielstraße in Dortmund und Lutz Stroppe, Abteilungsleiter Kinder und Jugend im BMFSFJ. Unsortierte Schlaglichter der Diskussion waren folgende Forderungen:

- Bewusstseinswandel vor Ort leben.
- Sicherstellung eines Monitorings zur Verstetigung des NAP-Prozesses.
- Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen, aber nicht als letzten Schritt.
- Kinderrechte in den Lehrplänen der Schulen verankern.
- Mehr und gezieltere Öffentlichkeitsarbeit mit neuen Medien (wie Schüler-VZ und Facebook), informieren, was Kinderrechte sind.
- Netzwerk des NAP muss erhalten bleiben.
- Beschwerdemanagement bei der National Coalition einrichten – es muss einen Platz für Kinderrechtsverletzungen geben, am besten einen Kinderrechtsbeauftragten.
- Am Ende eines Prozesses auch sagen, welche Ziele (noch) nicht erreicht wurden.
- Ergebnisse und Empfehlungen des NAP-Prozesses auf die europäische Ebene übertragen.
- Und: (Noch) mehr echte Möglichkeiten für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen schaffen! Die wohl wichtigste Botschaft der Jugendlichen!

Türen öffnen für Kinder

Während der Tagung wurde eine Bundesarbeitsgemeinschaft für kommunale Kinderinteressen gegründet, deren Motto „Türen öffnen für Kinder“ lautet. Zum Abschluss gab Jana Frädlich, Kinderbeauftragte von München, den Termin des nächsten Treffens bekannt: 28.3.2011 in Kassel zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind: <http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de/>



Marta Santos Pais, Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs zum Thema Gewalt gegen Kinder; Bundesministerin Dr. Kristina Schröder; Karl-Heinz Struzyna, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (v.l.)



Jugendliche in Aktion



Bundesministerin Dr. Kristina Schröder im Gespräch mit einem Jugendlichen



Abschlussdiskussion mit Jugendlichen auf dem Podium

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Spielhallen: Trends – Probleme – Steuerungspotenziale

Weitere Informationen:

Dr. rer. nat. Gerd Kühn
Telefon: 030/39001-255
E-Mail: kuehn@difu.de

Veranstaltungsdokus:

(im Difu-Extranet)

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2010-04-12/spielhallen-trends-probleme-steuerungspotenziale.html?embedded=6849>

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2011-01-19/spielhallen-trends-probleme-steuerungspotenziale.html?embedded=7403>

Spielhallen stellen in der letzten Zeit erneut einen thematischer Brennpunkt in den Städten dar. So registrieren die kommunalen Ordnungsämter seit der Novellierung der Spielverordnung im Jahr 2006 eine deutliche Zunahme von Genehmigungsanträgen, da sich seitdem die Möglichkeiten zur Aufstellung von Geldspielgeräten erheblich verbessert haben. Dabei fragen die Betreiber von Spielhallen neben Innenstadtlagen vermehrt Standorte in Gewerbegebieten nach. Im Vormarsch sind mit den Entertainment-Centern neue, große Betriebsformen, die mit jeweils etwa 600 m² Nutzfläche die rechtlich umstrittene Gruppe der Mehrfachspielhallen bilden. Die Spielhallenproblematik beschäftigt im Übrigen längst die Rathäuser aller Stadtgrößen, angefangen von Kleinstädten bis hin zu den einwohnerstärksten Großstädten wie beispielsweise Hannover, Dortmund, Stuttgart und Berlin.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat das Thema Spielhallen im Rahmen zweier Veranstaltungen, im April 2010 und im Januar 2011 behandelt. Insgesamt diskutierten rund

100 Fachleute aus Kommunen, Spielsuchtstellen sowie aus der Automatenwirtschaft mit Referenten aus ganz unterschiedlichen Herkunftsbereichen. Merkmal beider Seminare war nicht nur der für das Difu typische intensive Erfahrungsaustausch, sondern gerade auch die thematische Breite, die neben dem planerischen und rechtlichen Instrumentarium Konzepte und Maßnahmen zur Prävention bei pathologischem Spielverhalten einschloss. Nachstehend schlaglichtartig einige zentrale Ergebnisse der Debatten:

- Das Erfordernis, die Zulässigkeit von Spielhallen städtebaulich zu steuern, gewinnt erheblich an Bedeutung. Unstrittig ist, dass ein Totalverbot von Spielhallen rechtlich unzulässig ist, vielmehr geht es um eine „dosierte“ Zulassung: An welchen Standorten im Stadtraum sind Ansiedlungen möglich? Antworten auf diese Frage geben Planungskonzepte für Vergnügungsstätten als Grundlage für den Einsatz städtebaurechtlicher Instrumente. Das Instrumentarium der Bauleitplanung reicht dabei grundsätzlich aus, um städtebaulichen Fehlentwicklungen gegensteuern zu können.
- Beschlossene Vergnügungsstättenkonzepte haben noch keinen hohen Verbreitungsgrad; eine Reihe von Kommunen hat indes mit den Arbeiten daran begonnen. Städte mit bereits in der Umsetzung befindlichen Planungskonzepten, wie Hamm/Westfalen und Ludwigsburg, befinden sich in einer Vorreiterrolle.
- Die Ordnungsämter können den Entwicklungsprozess nur begleiten – ihre Rolle beschränkt sich auf Einzelfallentscheidungen in Ansiedlungsanfragen und die Kontrolle des Spielbetriebs; letzteres vielerorts mit einer dünnen Personaldecke. Vorteilhaft für eine effizientere Steuerung der Ansiedlung und des Betriebs von Spielhallen wäre eine bessere Vernetzung der zuständigen kommunalen Fachdienststellen.
- Festzuhalten ist auch, dass sich die Glücksspielsucht und ihre Folgen bei den Betroffenen nicht mit den den Städten zur Verfügung stehenden Instrumenten allein lösen lassen. Notwendig sind vielmehr Maßnahmen zur Suchtprävention und zum Spielerschutz im Rahmen eines umfassenden „Policy-Mix“.



Foto: Konstantin Kiprijanov

Inklusion statt Integration

Hat das deutsche Förderschulsystem noch eine Zukunft?

Die Inhalte der seit März 2009 auch für die Bundesrepublik Deutschland verbindlichen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und des dazu gehörenden Fakultativprotokolls haben erhebliche Auswirkungen auf das deutsche Schulsystem, denn die Ausrichtung der schulischen Rahmenbedingungen an den Bedürfnissen und Besonderheiten aller Schüler betrifft sowohl die allgemeinen Schulen als auch die Förderschulen. Um die kommunalen Schulträger bei der Gestaltung dieses wichtigen und schwierigen Veränderungsprozesses zu unterstützen, haben das Deutsche Institut für Urbanistik und der Deutsche Städtetag im Oktober 2010 für kommunale Fach- und Führungskräfte ein gemeinsames Seminar zur Zukunft des deutschen Förderschulsystems durchgeführt, das aufgrund der großen Nachfrage im Januar 2011 ein weiteres Mal angeboten wurde.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen sowohl eine intensive Auseinandersetzung mit der rechtlichen Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention für die Schulgesetzgebung der Länder als auch eine differenzierte Darstellung des Systems der sonderpädagogischen Förderung in den deutschen Bundesländern einschließlich der dafür notwendigen Kosten. An einem Praxisbeispiel wurde zudem auch eindrucksvoll dargestellt, was die Inklusion in einer konkreten kommunalen Bildungslandschaft bedeutet. Wertvolle Impulse für die tägliche Arbeit erhielten die Teilnehmer darüber hinaus aus zwei Beiträgen, die sich mit den Inhalten der UN-Konvention und deren Umsetzung aus Sicht der Betroffenen sowie den Auswirkungen der neuen Regelungen auf die Arbeit der Pädagogen an allgemeinen Schulen und Förderschulen auseinandersetzten.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass es bei der Umsetzung der UN-Konvention keinen Königsweg gibt. Denkbar sind beispielsweise Verbandslösungen, die Einrichtung von Förderzentren an allgemeinen Schulen sowie die Gründung von Schwerpunktschulen als Einstiegs- oder Übergangsmodell. Da künftig die Eltern die Entscheidung über den Lernort treffen, wird es zwangsläufig auch zu einem differenzierten Rückbau von Förderschulen kommen. Bislang ist unklar, wie schnell das geschehen wird, und wie viele Förderschulen

und welche Lernorte davon betroffen sein werden. Nicht zuletzt angesichts dieser Unwägbarkeiten wurde dringender Handlungsbedarf für die Entwicklung eines Gesamtrahmens gesehen, der außer neuen Finanzierungsregelungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen vor allem auch entsprechende pädagogische Konzepte und die anforderungsgerechte Ausrichtung der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften beinhaltet. Als notwendig erachtet wurden zudem die Bereitstellung geeigneter Lehr- und Lernmaterialien sowie die Einstellung zusätzlich erforderlicher pädagogischer bzw. pflegerischer Ergänzungskräfte. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass es für die erfolgreiche Umsetzung der UN-Konvention auch künftig auf allen Verwaltungsebenen eines intensiven Dialogs und einer stärkeren Bewusstseinsbildung bedarf.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Weitere Informationen:

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp
Telefon: 030/39001-242
E-Mail: knipp@difu.de

Veranstaltungsdoku:

(im Difu-Extranet)

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2011-01-12/inklusion-statt-integration-hat-das-deutsche.html?embedded=7402>

Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 1/2011

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Zum Umgang mit großen innerstädtischen Einkaufszentren, Arbeitshilfe

<http://www.difu.de/publikationen/2011/zum-umgang-mit-grossen-innerstaedtischen-einkaufszentren.html>

Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen

<http://www.difu.de/publikationen/2011/abschaetzung-und-bewertung-der-verkehrs-und-kostenfolgen.html>

Verkehrs- und Kostenfolgen der Siedlungsplanung

<http://www.difu.de/publikationen/2011/verkehrs-und-kostenfolgen-der-siedlungsplanung.html>

Stärken- und Schwächenanalyse für das technische Referendariat

<http://www.difu.de/publikationen/2011/staerken-und-schwaechenanalyse-fuer-das-technische.html>

Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis

<http://www.difu.de/publikationen/2011/nachhaltiges-flaechenmanagement-ein-handbuch-fuer-die.html>

Wettbewerbsfähige und nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung durch INTERREG

<http://www.difu.de/publikationen/2011/wettbewerbsfaehige-und-nachhaltige-stadt-und.html>

Kfw Kommunalpanel 2010

<http://www.difu.de/publikationen/2010/kfw-kommunalpanel-2010.html>

Aktivierung von Potenzialen genossenschaftlichen Wohnens

<http://www.difu.de/publikationen/2010/aktivierung-von-potenzialen-genossenschaftlichen-wohnens.html>

Seminardokumentationen

Hauptverkehrsstraßen – im Fokus der Verkehrs- und Stadtentwicklung

<http://www.difu.de/dokument/hauptverkehrsstraessen-im-fokus-der-verkehrs-2.html>

Profitcenter Veranstaltungshallen! Wirtschaftsförderung – Ergebnisoptimierung – Wertschöpfung

<http://www.difu.de/dokument/profitcenter-veranstaltungshallen-wirtschaftsfoerderung.html>

Interkommunale Kooperation, Shared Services und öffentlich-öffentliche Partnerschaften

<http://www.difu.de/dokument/interkommunale-kooperation-shared-services-und.html>

Spielhallen: Trends – Probleme – Steuerungspotenziale

<http://www.difu.de/dokument/spielhallen-trends-probleme-steuerungspotenziale-ii.html>

Inklusion statt Integration: Hat das deutsche Förderschulsystem noch eine Zukunft?

<http://www.difu.de/dokument/inklusion-statt-integration-hat-das-deutsche-ii.html>

Parkraummanagement in den Städten

<http://www.difu.de/dokument/parkraummanagement-in-den-staedten-seminardokumentation.html>

Monitoring in der Stadtentwicklung – Stand und Potenziale

<http://www.difu.de/dokument/monitoring-in-der-stadtentwicklung-stand-und-potenziale.html>

„Wer zahlt die Zeche“ – Das Konnexitätsprinzip auf dem Prüfstand

<http://www.difu.de/dokument/wer-zahlt-die-zeche-das-konnexitaetsprinzip-auf-dem.html>

Kooperation statt Konfrontation: Erfahrungen, Erfolge und Grenzen bei der Umsetzung von kooperativen Moderationsverfahren in Kommunen

<http://www.difu.de/dokument/kooperation-statt-konfrontation-erfahrungen-erfolge-und.html>

Schule und Stadt: Facetten einer Partnerschaft

<http://www.difu.de/dokument/schule-und-stadt-facetten-einer-partnerschaft.html>

Bitte vormerken

Difu-Ansprechpartnertreffen:

Das Jahrestreffen der Difu-Ansprechpartner findet am 8. und 9. September 2011 in der Stadt Mannheim statt.

Nähere Informationen zum Programm erhalten die Ansprechpartner wie immer per E-Mail.

Die Unterlagen des Jahrestreffens 2010 in Berlin können Difu-Zuwender wie immer im Extranet abgerufen:

<http://www.difu.de/dokument/difu-ansprechpartnertreffen-2010-virtuelle-tagungsmappe.html>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-208/-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Neue Wohnformen – Ziele und Unterstützungsmöglichkeiten der Kommunen

<http://www.difu.de/dokument/neue-wohnformen-ziele-und-unterstuetzungs-moeglichkeiten-der.html>

Soziale Infrastruktur im Wandel

<http://www.difu.de/dokument/soziale-infrastruktur-im-wandel-seminardokumentation.html>

Vorträge:

Wohnungsgenossenschaften und -baugesellschaften – Partner der Kommunen in der Stadtentwicklung

Von Gregor Jekel, Stephanie Bock, Frank Bielka
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-02-16/wohnungsgenossenschaften-und-baugesellschaften-partner.html>

Nachhaltige Mobilität – Herausforderungen für die Kommunen

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-01-24/nachhaltige-mobilitaet-herausforderungen-fuer-die.html>

Naturschutzrechtliche Bestimmungen bei der Militärflächenkonversion

Von PD Dr. Arno Bunzel
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-01-18/naturschutzrechtliche-bestimmungen-bei-der.html>

Elektromobilität – Hype oder realistische Chance?

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-01-12/elektromobilitaet-hype-oder-realistische-chance.html>

Stadtentwicklung in Deutschland – Rahmenbedingungen, Trends, Perspektiven

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-11-29/stadtentwicklung-in-deutschland-rahmenbedingungen-trends.html>

Nahmobilität in der Kommune – eine Schimäre oder neue Chancen auch in Metropolen?

Von Dipl.-Geogr. Jörg Thiemann-Linden,
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-12-08/nahmobilitaet-in-der-kommune-eine-schimaere-oder-neue.html>

Öffentliche Infrastruktur in Deutschland

Von Dr. rer. pol. Busso Grabow
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-11-16/oeffentliche-infrastruktur-in-deutschland.html>

Zukunftsfähige Verwaltung – Umsetzungskonsequenzen für die „Servicestadt Berlin 2016“

Von Rüdiger Knipp
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-11-16/zukunftsfahige-verwaltung-umsetzungskonsequenzen-fuer.html>

Bürgerschaftliches Engagement im Programm Soziale Stadt

Von Christa Böhme
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-10-25/buergerschaftliches-engagement-im-programm-soziale-stadt.html>

Mobilität und Wohnen

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-10-13/mobilitaet-und-wohnen.html>

Rekommunalisierung – neue alte Wege der öffentlichen Daseinsvorsorge

Von Ass.jur. Stefanie Hanke, Dipl.-Sozialökonom/Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-10-06/rekommunalisierung-neue-alte-wege-der-oeffentlichen.html>

Kommunale Maßnahmen im Wirtschaftsverkehr

Von Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-09-24/kommunale-massnahmen-im-wirtschaftsverkehr.html>

Konversion: Neue Perspektiven für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung

Von Dr. Stephanie Bock
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-09-23/konversion-neue-perspektiven-fuer-eine-zukunftsfahige.html>

Beteiligung jugendlicher Migrant/innen an der Stadt(teil)entwicklung

Dr. rer. soc. Bettina Reimann,
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-09-17/beteiligung-jugendlicher-migrant-innen-an-der.html>

Zukunftschancen für die Fachwerkstädte

Dr. Martin Biermann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-09-16/zukunftschancen-fuer-die-fachwerkstaedte.html>

Maßnahmen und Handlungskonzepte für Städte und Ballungsräume zur Anpassung an den Klimawandel

Vera Lorke, 14. September 2010
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-09-14/massnahmen-und-handlungskonzepte-fuer-staedte-und.html>

Hinweis:

Auf dieser Seite befindet sich eine Auswahl neu erschienener Vorträge, Semindokumentationen und Veröffentlichungen. Die vollständige Übersicht ist unter www.difu.de in den Rubriken „Publikationen“ sowie „Extranet“ zu finden.

Rat und Verwaltung Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: <http://www.difu.de/extranet/>

Links, die ins Extranet führen, sind ausschließlich für Difu-Zuwender frei zugänglich: <http://www.difu.de/institut/partner/zuwender>

Informationen zum Verfahren: <http://www.difu.de/extranet/infos-zum-difu-extranet/extranet-zugang>



Foto: Doris Reichel

Difu aktiv – Auswahl

Univ.-Prof. Klaus J. Beckmann moderierte am 1.12. in Berlin die Veranstaltung Fahrradakademie spezial – Radverkehr und Elektromobilität. Am 7.12. referierte er in Bochum auf der 3. Verkehrsfachtagung Mobilität Ruhr zum Thema „Finanzielle und strategische Herausforderungen der Verkehrsregion Metropole Ruhr“ sowie am 11.1. bei der aca-tech zum Thema „Handlungsfelder für eine nachhaltige Mobilität“. Am 12.1. hielt Beckmann im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ einen Vortrag zu „Elektromobilität – Hype oder realistische Chance? Voraussetzungen und Risiken“ und referierte am 25.1 auf der in Dessau-Roßlau stattgefundenen Fachtagung „Kommunal mobil“ zum Thema „Nachhaltige Mobilität – Herausforderungen für die Kommunen“. Am 26.1. hielt er im Rahmen des 4. Dialoges zur Stadtentwicklung: „wohnen findet innen.stadt – Ein Dialog zur Stadtentwicklung“ der Landeshauptstadt Düsseldorf den Vortrag „Renaissance der (Innen-) Städte – aktuelle Entwicklungstendenzen“.

Am 24.2. hielt Beckmann auf dem von der Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband veranstalteten Forum Privater Haushalt „Leben findet Stadt – urbane Herausforderungen“ einen Vortrag mit dem Titel „Wie sieht gutes Leben in der Stadt aus?“ und moderierte ebenfalls am 24.2. die von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin durchgeführte Veranstaltung „Füße Fahrrad Auto. Wer bekommt wie viel vom Straßenraum?“

Dr. Stephanie Bock wurde von Senatorin Ingeborg Junge-Reyer für zwei weitere Jahre in den Beirat für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung berufen.

Im Rahmen des bundesweiten Kongresses „Armut und Gesundheit“ führte die beim Difu angesiedelte „AG Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung“ am 3.12. eine Veranstaltung mit Workshops zum Thema „Gesundheitsförderung im Setting Stadtteil/Quartier“ durch, auf der **Christa Böhme** zu „Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten – Kriterien guter Praxis“ und **Dr. Bettina Reimann** zum Thema „Krankenkassen als Partner in der gesundheitsfördernden Quartiersentwicklung“ referierten.

PD Dr. Arno Bunzel hielt am 18.1. in Kiel einen Vortrag zum Thema „Naturschutzfach-

liche Anforderungen bei Konversion“ beim Workshop „Militärflächenkonversion und Naturschutz“ im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr. Am 10.2. referierte er in Stuttgart beim Expertengespräch zum Projekt der Wüstenrot Stiftung „Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Nutzung von Einfamilienhausgebieten der 1950er bis 1970er Jahre“ zum Thema „Zukunft von Einfamilienhausgebieten – die baurechtliche Perspektive“.

Am 25.1. nahm **Stefanie Hanke** an einem Meinungsaustausch von Berliner Forschungseinrichtungen (BBAW, FU, TU, HU, DIW, VAK, UDK usw.) zum Berliner Vergaberecht, zu dem der Forschungsverbund Berlin e.V. eingeladen hatte, und am 27.1. am Arbeitskreis „Bewegung im ruhenden Verkehr?“ des Deutschen Verkehrsgerichtstags teil.

Beate Hollbach-Grömig hielt beim „3rd Halle Forum on Urban Economic Growth“ beim IWH in Halle am 3.12. den Vortrag „Success factors for intermunicipal cooperation“.

Während der European Week „Water and Sanitation Services vs. Sustainable Development“ hielt **Jens Libbe** an der Universität AgroParisTech am 18.11. ein Referat zum Thema „Sustainable Water Infrastructure – Discussion in Germany“.

Im Rahmen des Hessischen Klimaschutzforums 2010 des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz moderierte **Cornelia Rösler** am 25./26.11. in Darmstadt das Forum „Kommunaler Klimaschutz“. Am 29.11. hielt sie in Berlin auf der KfW-Veranstaltung „Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik in Kommunen“ einen Vortrag zu „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz – Erfahrungen und Ansatzmöglichkeiten zur Weiterentwicklung“ und am 2.11. in Essen auf dem Energiekongress Ruhr einen Einführungsvortrag zum Thema „Klimaschutz und Stadtentwicklung“, wo sie gleichfalls das Forum „Energieeffizienz für Kommunen“ moderierte.

Daniel Zwicker-Schwarm nahm am 2. und 3.12. als Ständiger Gast an der 26. Sitzung der Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages in Chemnitz teil und referierte dort zum Thema Stadtentwicklungskonzepte für Gewerbeflächen.

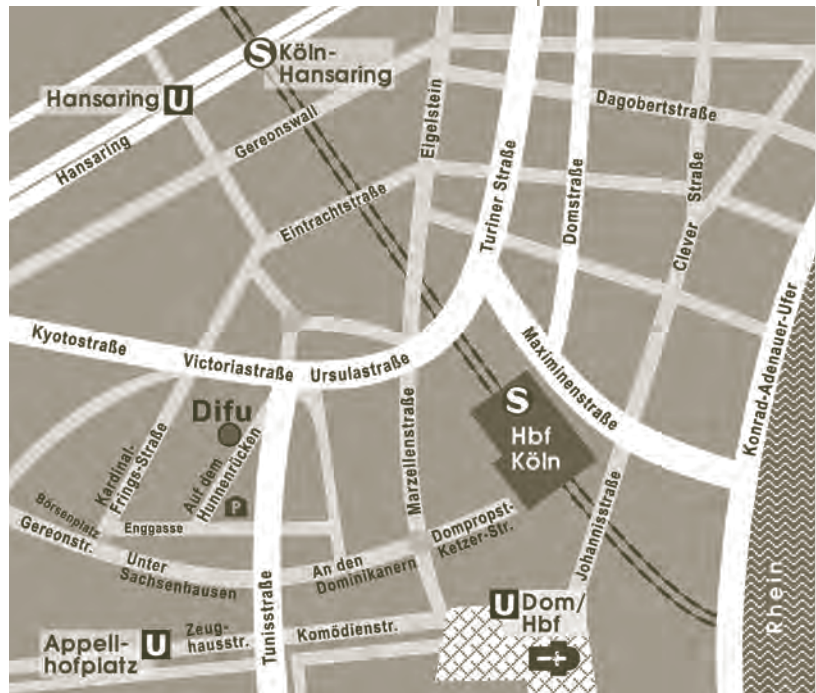
Ab in die Mitte – Zweiter Teil

Difu-Standort Köln wechselt in die Innenstadt zum Dom

Nachdem sich Ende 2009 bereits das Difu am Standort Berlin in Richtung Stadtmitte aufmachte und seitdem sein neues Domizil in der Zimmerstraße in der Nähe des Checkpoint Charlie hat, ist seit dem 1. März 2011 auch der Difu-Standort Köln zentral angesiedelt. Nach über 30 Jahren in Köln-Marienburg, durch viel Grün und Ruhe geprägt, bisher jedoch mit öffentlichen Verkehrsmitteln eher schwer zu erreichen, bezog das Kölner Team nun neue Büroräume in unmittelbarer Domnähe.

Am Kölner Difu-Standort ist der Arbeitsbereich „Umwelt“ untergebracht, der sich vornehmlich Umweltthemen widmet. Besucher benötigen nun vom Kölner Hauptbahnhof aus zu Fuß nur noch fünf Minuten zum Institut. Besonders erfreulich ist, dass der Umzug auch genutzt werden konnte, um ganz im Sinne des Umweltschutzes und zugleich kostenneutral auf Ökostrom umzustellen.

Der Umzug war notwendig geworden, weil das Gebäude in Köln-Marienburg, das sich im Eigentum des Deutschen Städtetages befand, verkauft und abgerissen wurde, um einer Wohnbebauung Platz zu machen. Da auch der Deutsche Städtetag kürzlich in die Kölner Innenstadt gezogen ist – das neue Domizil befindet sich keine drei Minuten Fußweg entfernt in der Gereonstraße – kann die enge Kooperation zwischen Difu und Städtetag nahtlos fortgeführt werden.



Neuer Difu-Standort Köln:
Deutsches Institut für Urbanistik
Bereich Umwelt
Auf dem Hunnenrücken 3
50668 Köln

Vom Kölner Hauptbahnhof
nur 5 Minuten zu Fuß über die
Dompropst-Ketzer-Straße

Weitere Informationen:
Telefon: 0221/340 308-0
Telefax: 0221/340 308-28
E-Mail: umwelt@difu.de

Difu-intern: Neubeginn

Christina Berwind arbeitete bis 2006 als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste (FaMI) im Umweltbundesamt. Während ihres Bachelor-Studiums im Wirtschaftsrecht war sie im Deutschen Institut für Urbanistik bereits als Studentische Hilfskraft in der Projektgruppe des Fahrradportals beschäftigt und pflegte in diesem Rahmen die Fahrrad-Literaturdatenbank.

Nachdem sie ihr Studium abgeschlossen hat, arbeitet sie seit September 2010 im Bereich Wissensmanagement an der ORLIS-Literaturdatenbank und dem Volltextserver mit.



Christina Berwind



Mediennachlese – Auswahl

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist als größtes Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum die Forschungs-, Fortbildungs- und Informationseinrichtung für Städte, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Das 1973 gegründete unabhängige Berliner Institut beschäftigt sich auf wissenschaftlicher Ebene mit allen Aufgaben, die Kommunen zu bewältigen haben. Aktuell präsentiert das Difu ein neues Planungs-Tool, mit dem Kommunen ihre Verkehrsinfrastrukturkosten systematisch erheben und auswerten können. [...] **SparkassenZeitung, 4.3.2011**

[...] Aber warum wohnen so viele Menschen überhaupt in Wohnungen, die ihnen eigentlich zu teuer sind, fragte man sich bei Immo-net und fand in einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik eine plausible Antwort: Weil ihnen andere Wohnfaktoren wichtiger sind – wie etwa das Umfeld. So zieht es junge Familien wieder zunehmend in die Stadt, während diese Gruppe noch vor einigen Jahren als Anhänger von „ruhigen Wohnstraßen“ und „ganz viel Grün“ galt. Eine größere Auswahl an qualifizierten Arbeitsplätzen und das bessere infrastrukturelle Angebot – Kino, Kita, Karateclub – machen das Leben im städtischen Trubel auch mit Kindern für viele Eltern attraktiv. [...] **Berliner Morgenpost, 23.2.2011**

[...] After reunification, creative types flocked to the low-income central eastern districts, attracted by low rents and plentiful space for studios. But in recent years these artists, musicians and activists, along with the former low-income residents of East Germany who preceded them, have been priced out by rocketing rents. [...] But as more affluent residents have moved to the area, organic delis, cafes and upscale boutiques have now replaced many of those artists' studios. Antje Seidel-Schulze, a social scientist at the German Institute of Urban Affairs, was born and brought up in East Berlin, but moved to the West in the late 1990s. „I left East Berlin because of gentrification,“ she said. „I wasn't able to pay the higher rent, and I felt that it wasn't mine anymore. „I can't be against better housing or better infrastructure, but if it means people can no longer afford the rent, it becomes a bad thing.“ [...] **CNN, 16.2.2011**

[...] Dass die Negativbewertung von Spielhallen mit ihrer Nähe zu „sensiblen Nutzungen“ zunimmt, ist in einer Publikation des Deutschen Instituts für Urbanistik nach-

zulesen. Demnach stören solche Vergnügungsstätten umso mehr, je näher sich Wohnungen, Jugendeinrichtungen und Schulen befinden, je bedrohter der umliegende Einzelhandel ist. [...] **Weser-Kurier, 31.1.2011**

Interview mit Institutsdirektor Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann zum Thema „Straßeninfrastruktur in Deutschland“ im **Morgenmagazin (ARD, 19.1.2011)**: http://www.tagesschau.de/multimedia/video/ondemand100_id-video844652.html

[...] Dem genossenschaftlichen Wohnen und seinen Wirkungen auf gesellschaftliche, wohnungswirtschaftliche und stadtentwicklungspolitische Entwicklungen widmet die Bundesregierung seit Jahren besondere Aufmerksamkeit – unter anderem durch die Einberufung der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften, deren Aktivitäten das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mittlerweile evaluierte. [...] **Die Wohnungswirtschaft, 1/2011**

Zum dritten Mal rufen das Bundesumweltministerium (BMU) und die beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelte Service-stelle Kommunaler Klimaschutz die Kommunen und Regionen zur Teilnahme am Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz auf. Voraussetzung für eine Bewerbung sind erfolgreich realisierte Maßnahmen, Strategien oder Aktionen, die in besonderem Maße zur Reduzierung von Treibhausgasen beigetragen haben und eine Vorbildfunktion besitzen. Es winken Preisgelder in Höhe von 40000 respektive 20000 Euro. Bewerbungsschluss ist der 31. März 2011. www.kommunaler-klimaschutz.de www.difu.de

Deutsches Ingenieurblatt, 1/2011

[...] Der notwendige Umbau der Energie-, Wasser- und Transport-Infrastrukturen setzt auch voraus, dass Bürger, Unternehmer sowie Institutionen „diesen Weg mitgehen“. Dies erfordert eine intensive und aktivierende Einbindung sowie „Kommunikation auf Augenhöhe“ bereits bei der Vorbereitung von politischen Entscheidungen und rechtstaatlichen Verfahren. Das Zusammenwirken von entscheidungslegitimierten Gremien und Zivilgesellschaft in partizipativer Form ist Voraussetzung für Prozesse der Ausgestaltung neuer technischer und sozialer Infrastruktursysteme und deren akzeptierter Nutzung. [...] Dabei ist es unverzichtbar, die technischen Gesamtsysteme, die sozialen und ökonomischen Auswirkungen sowie die

ökologischen Folgen im Zusammenhang zu beachten. [...] Aus dem Grußwort von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Difu, für die **Sonderbeilage „Stadt der Zukunft“ der F.A.Z., 22.12.2010**

Die Städte der Zukunft gestalten ihre Infrastruktur flexibler, koppeln ihre Einzelsektoren untereinander besser und verstärken die Mehrfach-Nutzung von Gebäuden. Zu diesem Schluss kommen Experten des Deutschen Instituts für Urbanistik [...] in einer von der Wüstenrot Stiftung beauftragten Studie. „Klimawandel, Überalterung und Globalisierung stellen die Städte vor neue Herausforderungen. Wir haben analysiert, was das für die Planung bedeutet“, erklärt Studienleiter Jens Libbe [...]

Wallstreet-Online.de, 18.12.2010

[...] In Deutschland sind nachfragegerechte Preise fürs Parken bislang schwer durchzusetzen. Städte trauen sich nicht, zu Spitzenzeiten hohe Preise zu verlangen. Sie fürchten, dass Geschäfte Kunden verlieren und Menschen auf die Barrikaden gehen, weil das Parken in ihren Vierteln zu teuer wird. „Preise von 50 Dollar am Tag wie in Boston sind in Deutschland unvorstellbar“, sagt Tilman Bracher vom Institut für Urbanistik in Berlin. So hat die Ökonomie auf Deutschlands Parkplätzen keine Chance: Parken ist in vielen Städten kostenlos – oder zumindest zu billig. [...] **FAS, 5.12.2010**

[...] Während alle Städtebauförderprogramme auf Bauen und Sanieren setzen, wagte das 1999 initiierte Programm „Soziale Stadt“ der rot-grünen Bundesregierung etwas Neues. [...] Unter dem Stichwort „Modellvorhaben“ investiert das Programm beispielsweise in Schul- und Bildungsmaßnahmen, Gesundheit, Arbeit und Integration. Christa Böhme vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin begleitet das Projekt von Anfang an wissenschaftlich. [...] „Wir haben gerade im Hinblick auf eine bessere Integration einen großen Bedarf“, sagt Böhme. Mittlerweile ist das Programm Soziale Stadt sehr gefragt, wie die Zahlen belegen. Bewarben sich im Jahr 1999 zunächst 161 Stadtteile in 124 Gemeinden für das Programm, beteiligten sich 2009 etwa 571 Stadtteile in 355 Gemeinden. Allein im Jahr 2010 investierte der Bund etwa 95 Millionen Euro in die „Soziale Stadt“. [...] **Südd. Ztg., 26.11.10**

Gewerbesteuer-Hebesatz, Verkehrs-Infrastruktur sowie günstige Gewerbe- und Erweiterungsflächen – das sind für Unternehmen so genannte harte Standortfaktoren. Mindestens genauso bedeutsam aber sind die „weichen“ Aspekte, die vielfach (noch) gar nicht

bewusst wahrgenommen werden. [...] Professor Klaus J. Beckmann, Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin, differenzierte die weichen Faktoren in solche, die für Unternehmen relevant sind, wie Image des Standortes und der Region oder serviceorientierte Verwaltungen. Für Personen seien Wohnwert und Umweltqualität, Bildungs- und Ausbildungsangebot, Kultur-, Freizeit, Versorgungs- und Naherholungsmöglichkeiten von Bedeutung. [...] **Rheinische Post, 26.11.2010**

[...] „Wohnen in der Innenstadt eine Renaissance“ hat das Deutsche Institut für Urbanistik ein Forschungsprojekt überschrieben. Ob und in welcher Weise sich ein positiver Bedeutungswandel des Wohnens in der Innenstadt abzeichnet, sollte dabei herausgefunden werden. [...] Ein Trend zeichnete sich dabei ganz deutlich ab: Die Renaissance des Wohnens in der Innenstadt ist als Leitbild positiv besetzt. Darin sind sich Entscheidungsträger in den Stadtverwaltungen und Bürger einig. Als Vorteile des innerstädtischen Wohnens werden kurze Wege, soziale Netze und ein dichtes Infrastrukturangebot genannt. [...] **Frankfurter Rundschau, 20.11.2010**

Die Finanzsituation vieler Kommunen hat sich im Jahr 2010 deutlich verschlechtert. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) schätzt jede zweite Kommune inzwischen ihre eigene Finanzlage als mangelhaft ein. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. [...] **finanznachrichten.de, 18.11.2010**

[...] Wie rücksichtslos die Deutschen über Jahrzehnte mit ihrem Volkseigentum umgegangen sind, zeigt eine Studie der Bundesbank. Noch Anfang der 70er Jahre investierte die Bundesrepublik rund 4,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, also der gesamten Wirtschaftsleistung. 2008 waren es noch 1,5 Prozent. Um zur alten Stärke zurückzukehren, müssten die Ausgaben also verdreifacht werden. Damit belegt Deutschland den vorletzten Platz in der EU. Selbst den USA ist die öffentliche Infrastruktur doppelt so viel wert wie Deutschland. Die Folgen für die Volkswirtschaft kann Busso Grabow beschreiben, Abteilungsleiter Wirtschaft und Finanzen am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu): „Was da geschieht, ist ein Werteverzehr.“ Das Sachvermögen der Deutschen verliert nicht nur an Qualität, es verliert auch an Wert. „Seit 2003 ist die Entwicklung des staatlichen Sachvermögens negativ“, sagt Grabow. Die Bundesrepublik Deutschland wird ärmer. [...] **Stern, 4/2011**

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Konstantin Kiprijanov
(Praktikant)
Jessica Kliem (Praktikantin)
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichtevertreiber

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Online-Newsletter-Abo:

<http://www.difu.de/newsletter>

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 37

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P & R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten:
presse@difu.de. Anschrift s.o.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. einmal im Monat).

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Infrastruktur und Stadtentwicklung**

Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung
Von Jens Libbe, Hadia Köhler und Klaus J. Beckmann
Herausgegeben vom Deutschen Institut für Urbanistik und der Wüstenrot Stiftung
2010. Bd. 10. 496 S., zahlr., auch farb. Abb., Tab., Übers., 26,- Euro, ISBN 978-3-88118-483-0

__ Expl. Mehr Gesundheit im Quartier

Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung
Von Bettina Reimann, Christa Böhme und Gesine Bär
2010. Bd. 9. 196 S., 29,- Euro, ISBN 978-3-88118-472-4

__ Expl. Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt

Von G. Jekel, F. Frölich von Bodelschwingh u.a.
2010. Bd. 8. 352 S., zahlr. Abb., 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-475-5

Difu-Impulse**__ Expl. Finanzierung neu denken – Kommunale Daseinsvorsorge unter dem Einfluss von Haushaltsengpässen und demografischem Wandel**

Das Beispiel der Neuen Bundesländer
Von Stefan Schneider, Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig, Jens Libbe
Bd. 4/2011. 116 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-495-3

__ Expl. Kommunale Haushalte in Not

Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik
Hrsg. Klaus J. Beckmann
Bd. 3/2011, 76 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-494-6

__ Expl. Energiemanagement im Gebäudebestand

Dokumentation des 15. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten
Hrsg. Cornelia Rösler
Bd. 2/2011. 192 S., Schutzgebühr 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-493-9

__ Expl. Standortfaktoren im Wandel?

Erkenntnisse aus der Forschung zu Standortfaktoren und Standortwahl von Unternehmen
Von Josiane Meier
Bd. 1/2011, 56 S., zahlreiche Abb., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-492-2

__ Expl. Demografischer Wandel – Kommunale Erfahrungen und Handlungsansätze

Von Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Beate Hollbach-Grömig und Bettina Reimann
Bd. 5/2010, 92 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-491-5

__ Expl. Stadtentwicklungskonzepte für Gewerbeflächen

Das Beispiel der Landeshauptstadt Potsdam – Ein Werkstattbericht
Von Daniel Zwicker-Schwarm, Busso Grabow, Stefan Schneider, Christian Spath und Andrea Wagner
Bd. 4/2010, 114 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-490-8

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem BauGB**

Hrsg. Arno Bunzel, Autoren Anton Strunz und Marie-Luis Wallraven-Lindl
2010. 188 S., Schutzgebühr 30,- Euro
ISBN 978-3-88118-486-1

Sonderveröffentlichungen**__ Expl. Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis**

Stephanie Bock, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.)
2011. 492 S., vierfarbig, zahlr. Fotos und Abb., kostenlos
ISBN 978-3-88118-489-2

__ Expl. Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft

Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastruktur-lösungen im Bereich Wasser und Abwasser
Hrsg. Thomas Kluge und Jens Libbe
2010. 204 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., Tab., Übers., 22,- Euro, ISBN 978-3-88118-488-5

__ Expl. Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen

Hrsg. Deutsches Institut für Urbanistik (Autorinnen: Vera Lorke, Cornelia Rösler)
2010. 280 S., vierfarbig, Schutzgebühr 12,- Euro
ISBN 978-3-88118-464-9

Zeitschriften**__ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

(IMS) Halbjahresschrift, Heft 2/2010: Stadt und Nachhaltigkeit
166 S., Einzelpreis 12,- Euro, Jahresabo 16,- Euro